

**Protokoll des Einwohnerrates**  
**15. Juni 2022**

<b>Vorsitz</b>	Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP)
<b>Protokoll</b>	Stefan Wagner, Gemeindeschreiber II
<b>Präsenz</b>	36
<b>Ort</b>	Campus-Saal, Bahnhofstrasse 5, Windisch
<b>Entschuldigungen</b>	Matthias Knecht (FDP) Isabelle Schneider (Grüne) Kathrin Büchli (EVP) Naomi Rupp (SVP)
<b>Aufschaltung Axioma</b>	03. Oktober 2022
<b>Genehmigung</b>	Dieses Protokoll gilt gemäss § 26 der Gemeindeordnung als genehmigt, wenn nicht bis zum 24. Oktober 2022 Abänderungen oder Ergänzungen beim Büro des Einwohnerrates schriftlich verlangt werden.

**Protokoll des Einwohnerrates****15. Juni 2022**

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Ich heisse die Mitglieder des Einwohnerrates, des Gemeinderates, die Gäste und die anwesenden Pressevertreter zu einer weiteren Sitzung im Campussaal willkommen. Aufgrund der herrschenden Temperaturen bin ich froh nicht im 8. Stock des Gemeindehauses zu sein.

Die Corona-Pandemie ist aktuell nicht mehr so in unserem Bewusstsein, so präsent wie auch schon. Trotzdem ist das Virus noch da und wir haben deshalb darauf verzichtet, die Sitzordnung zu verdichten,

Traktandenliste

- 1 Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten
- 2 Gesamtrevision Nutzungsplanung BNO; Genehmigung Kreditabrechnung
- 3 Erneuerung Dorfstrasse; Genehmigung Kreditabrechnung
- 4 Geschäftsbericht 2021; Genehmigung
- 5 Rechnung 2021 der Einwohnergemeinde (inkl. Eigenwirtschaftsbetriebe); Genehmigung
- 6 Campussaal; Verlängerung Betriebsbeiträge 2023 - 2027
- 7 Postulat FDP-Fraktion „Neuregelung der Unterrichtszeiten in der Primarschule am Nachmittag“; Beantwortung
- 8 Motion FDP-Fraktion „Neuregelungen der Unterrichtszeiten am Nachmittag“; Überweisung
- 9 Motion Fraktionen SP, Grüne, GLP „Windisch 2040 treibhausgas-neutral!“; Überweisung
- 10 Motion Fraktionen Grüne und SP „Quartierentwicklungsplan“; Überweisung
- 11 Postulat Fraktionen SP und Grüne „Jugendarbeit Windisch“; Überweisung
- 12 Beantwortung von gestellten Fragen 15.06.2022
- 13 Mitteilungen des Gemeinderats 15.06.2022
- 14 Neueingänge 15.06.2022

Die Traktandenliste gilt in der vorliegenden Form als genehmigt.

**1 Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten**

**Protokoll des Einwohnerrates****15. Juni 2022**

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Am 25. Juni 2022 findet endlich wieder ein Jugendfest, hoffentlich bei schönem Wetter, statt. Ich hoffe, den einen oder anderen anzutreffen und auf eine vollständige Anwesenheit des Einwohnerrates an der Morgenfeier.

Die zweite Information betrifft die Botschaft zum Baukredit zum Schulhaus Dohlenzelg. Die Botschaft sollte gemäss Gemeinderat bis Ende Jahr vorliegen. Das Büro des Einwohnerrates hat beschlossen, diese Botschaft am 18. Januar 2023 zu traktandieren. Ob eine Sitzung für die Beratung und Beschlussfassung genügt, wissen wir nicht. Das Büro hat sich deshalb entschieden, im Januar einen Reservetermin anzusetzen. Dies ist die sinnvollste Lösung, kann doch die Debatte bei Bedarf eine Woche später erholt und ausgeruht fortgesetzt werden. Da der Campussaal am 25. Januar 2023 nicht verfügbar ist, haben wir den Reservetermin auf Donnerstag, 26. Januar 2023 fixiert. Aufgrund der unklaren Corona-Situation und der Bedeutung dieses Geschäftes wird die Sitzung im Campussaal stattfinden. Ich bitte die beiden Termine zu reservieren und hoffe, dass wir dieses Geschäft vollzählig beraten können.

Die Termine der Einwohnerratssitzungen 2023 sind festgelegt. Es sind die üblichen Sitzungsdaten im März, Juni und Oktober. Die Termine werden gelegentlich zugestellt. Wer schon länger im Rat sitzt weiss, dass im Januar und März meistens nicht sehr viele Geschäfte zur Beratung anstehen. Die Sitzungen wurden schon zusammengelegt oder infolge fehlender Traktanden abgesagt. Das Büro hat zwei Neuerungen beschlossen: Ab 2024 findet im Januar keine Sitzung mehr statt, ausgenommen ist die konstituierende Sitzung nach den Gesamterneuerungswahlen. Die März-Sitzung wird gestärkt, terminlich wird sie etwas nach vorne geschoben. Neu wird es auch im März einen Reservetermin eine Woche später geben. Wir versprechen uns von dieser Entscheidung eine Straffung des Verwaltungs- und Ratsbetriebes.

Die SP-Fraktion wünscht eine Erklärung abzugeben.

Mirjam Aebischer (SP): Die SP gibt eine Fraktionserklärung zum Kreditantrag für die Phase 2A Planung Stadtraum Bahnhof Brugg Windisch im Juni 2021 ab. Wir haben damals beantragt, dass die Partizipation und Kommunikation von getrennten Büros

**Protokoll des Einwohnerrates****15. Juni 2022**

durchgeführt werden soll. Die Gemeindepräsidentin hat dies zugesichert, deshalb haben wir den Antrag zurückgezogen. Inzwischen wissen wir, dass nur ein Büro für die Partizipation und die Kommunikation verantwortlich ist. Eine Erklärung, weshalb das im Einwohnerrat abgegebene Versprechen nicht eingehalten wurde, ist nicht erfolgt. Dies ist kein respektvoller Umgang und fördert das gegenseitige Vertrauen nicht. Die SP-Fraktion erwartet, dass die Partizipation glaubwürdig durchgeführt und klar von der Kommunikation getrennt wird. Die Partizipation darf nicht als Instrument für die Durchsetzung von materiellen Interessen der Grundeigentümer eingesetzt werden. Wir erwarten, dass die Ergebnisse aus der Partizipation in die Testplanung einfließen und in der Umsetzung sichtbar sind.

**2 Gesamtrevision Nutzungsplanung BNO; Genehmigung Kreditabrechnung**

Monica Treichler, Vizepräsidentin (SP): Die neue Bau- und Nutzungsplanung BNO wurde in einem langjährigen, aufwendigen Prozess erarbeitet. Sie gibt Antworten, wie das erwartete Bevölkerungswachstum von rund 1% in den nächsten Jahren bewältigt und wie die bestehenden Freiräume und Landschaften geschützt werden sollen. Der Kommunale Gesamtplan Verkehr (KGV), das Räumliche Entwicklungsleitbild (RELB) und das Natur- und Landschaftsentwicklungskonzeptes (NLEK) wurden bei der Erarbeitung einbezogen. Speziell zu erwähnen ist die konstruktive Zusammenarbeit mit der Stadt Brugg, es konnten diverse Synergien genutzt werden. Der Regierungsrat hat die Nutzungsplanung am 18. Dezember 2019 genehmigt, der Entscheid ist am 4. Februar 2020 in Rechtskraft erwachsen.

Der am 22. Oktober 2014 durch den Einwohnerrat bewilligte Kredit von CHF 294'000.00 musste in zwei Schritten erhöht werden. Am 1. November 2017 hat der Einwohnerrat einen Zusatzkredit von CHF 181'000.00 genehmigt, ein weiterer Zusatzkredit von CHF 85'000.00 hat der Gemeinderat am 18. März 2018 bewilligt. Verschiedene Gründe haben zu diesen Zusatzkrediten geführt. Die Revision des Kantonalen Richtplans und des Kantonalen Baugesetzes per 1. Mai 2017 und die neue Gewässerraumkarte vom 16. März 2016 haben die massgebenden rechtlichen Bestimmungen und die zu bearbeitenden Themen wesentlich verändert. Die Aktualisierung des Bauinventars der kantonalen Denkmalpflege hat mehr Zeit benötigt, die Integration der An-

**Protokoll des Einwohnerrates****15. Juni 2022**

liegen der Archäologie war aufwendig. Die sehr hohe Zahl an Mitwirkungseingaben, total rund 140 Eingaben und 510 Einzelanträge, haben mehr personelle Ressourcen gebunden, als veranschlagt. Weitere Kosten haben diverse Beschwerden gegen den Genehmigungsbeschluss der Nutzungsplanung durch den Einwohnerrat verursacht. Mittlerweile sind alle Rückweisungen und Beschwerden bereinigt und abgeschlossen. Schlussendlich wird der Gesamtkredit von CHF 560'000.00 um rund CHF 47'000.00 überschritten. Dank Beiträgen des Kantons von rund CHF 94'000.00 bleibt die Nettoinvestition unter dem Kredit.

Nach dem Abschluss der Bau- und Nutzungsplanung sind aktuell einige Projekte in Bearbeitung. So zum Beispiel die Erarbeitung von Richtlinien für die Quartiererhaltungszonen und die Gestaltungspläne Kirchenfeld, Bachmatt, Dohlenzelgstrasse und Winkel. Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung Gesamtrevision Nutzungsplanung zu genehmigen.

Giovanna Feusi, FiGPK (SP): Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission hat die Kreditabrechnung und die Aktenaufgabe geprüft und die Belege stichprobenartig überprüft. Es gibt keine weiteren Bemerkungen, die Gründe für die Erhöhung des Kredites wurden erwähnt. Wir empfehlen Annahme.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Elsbeth Hofmänner (Die Mitte): Die umfangreichen Argumente von Vizepräsidentin Treichler machen keine Ergänzungen mehr notwendig. Es ist mir wichtig den sehr guten Verlauf der Revision zu erwähnen. Darauf dürfen wir stolz sein. Die vorliegenden Grundlagen ermöglichen der Gemeinde und den Bürgern in den nächsten Jahren ein fundiertes Arbeiten. Die erneut aufgelaufenen Zusatzkosten scheinen uns begründet. Die Fraktion der Mitte stimmt der Kreditabrechnung zu.

Mirjam Aebischer (SP): Wir beurteilen die gemeinsame Revision der BNO mit Brugg im Sinne des RELB als sehr gelungen. Besten Dank an alle Verantwortlichen für die umfassende Bearbeitung und Erarbeitung. Monica Treichler hat die verschiedenen Projekte, Gestaltungspläne und grösseren Überbauungen, erwähnt. Windisch wächst weiter, ein

**Protokoll des Einwohnerrates****15. Juni 2022**

Prozent pro Jahr. Das ist viel. Wir legen deshalb dem Gemeinderat eine Sache ans Herz: Bei all den neuen und alten zu überbauenden Gebieten darf nicht vergessen gehen, den qualitativen Freiraum sorgfältig zu planen. Da verdichtet gebaut wird, ist eine gute Aufenthaltsqualität im Aussenraum wichtig. Unsere Fraktion stimmt der Kreditabrechnung zu.

Daniel Brassel (EVP): Die EVP-Fraktion stimmt dieser Kreditabrechnung, aufgrund der hohen Kosten ohne Begeisterung, zu. Wir sind gespannt, wie und ob das Werk zukünftig das Wachstum und die Bautätigkeiten in Windisch konkret unterstützt, regelt und koordiniert.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 34 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Kreditabrechnung „Gesamtrevision Nutzungsplanung BNO“ wird genehmigt.

**3 Erneuerung Dorfstrasse; Genehmigung Kreditabrechnung**

Novica Vidic, FiGPK (SVP): Die FiGPK hat die Kreditabrechnung geprüft. Diese ist nachvollziehbar und die Buchungen und Belege stimmen mit der Abrechnung überein. Zusätzlich haben wir die Frage der teilweise finanziellen Beteiligung der Spezialfinanzierung an diesem reinen Strassenbauprojekt aufgeworfen. Die FiGPK empfiehlt einstimmig die Kreditabrechnung zu genehmigen.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Wortmeldungen.

**Protokoll des Einwohnerrates**  
**15. Juni 2022**Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 35 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Kreditabrechnung „Erneuerung Dorfstrasse Teil 3 und 4“ wird genehmigt.

**4 Geschäftsbericht 2021; Genehmigung**

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Auch das Jahr 2021 war von der Corona-Pandemie geprägt. Verwaltung und Exekutive konnten die Jahresziele dank grosser Flexibilität erreichen. Mit dem Jahr 2021 ist die Legislatur 2018 / 2021 zu Ende gegangen. Dank guter Teamarbeit und der wertschätzenden Zusammenarbeit mit dem Operativen Leitungsteam darf die Exekutive auf eine sehr erfolgreiche Amtsperiode zurückblicken. Verschiedene gemeindeinterne Anlässe und Anlässe von Organisationen konnten 2021 durchgeführt werden. Diese Anlässe zeigen, dass wir sehr gut organisiert unterwegs sind. Unsere Projekte, seien sie umgesetzt oder in Planung, sind zukunftsgerichtet ausgelegt und finden bei Fachkräften viel Beachtung. Im Namen des Gemeinderates danke ich allen Einwohnerräten, den Kommissions- und Arbeitsgruppenmitgliedern, den Verwaltungsmitarbeitenden, der Schulverwaltung und der Lehrerschaft für die konstant gute, zielorientierte Zusammenarbeit und den Willen mit konstruktiven Beiträgen die Weiterentwicklung der Gemeinde mitzugestalten und mitzuprägen. Dem Einwohnerrat danke ich für die wertschätzende zustimmende Kenntnisnahme des Geschäftsberichts 2021. Wir freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit im Jahre 2022. Zusammen sind wir stark.

Luzia Capanni (SP): Der Geschäftsbericht ist nicht nur ein vorgeschriebenes und notwendiges Dokument, er ist vor allem ein interessantes und anregendes Dokument. Es

**Protokoll des Einwohnerrates****15. Juni 2022**

gibt uns einen Einblick in die vielfältigen Aufgaben und Tätigkeiten, aber auch Probleme, welche in der Gemeinde anfallen. Vielen von uns ist zu wenig bewusst, wieviel und was alles durch die Angestellten der Gemeinde zu leisten ist. Damit sind die Stärken und Schwächen des Berichtes angesprochen. Die einen stören sich an den Doppelspurigkeiten und Überschneidungen der Themen, an der mehr oder weniger ausgeprägten Systematik der Darstellung. Anderen gefällt es, wenn ein Thema aus unterschiedlichen Sichten, Gemeinderat und Verwaltung, beschrieben wird und wenn im einen Bereich mit Zahlen und Grafiken, im anderen mit Text gearbeitet wird. Der Bericht hat das Potential allen etwas zu bieten. Die SP-Fraktion dankt allen Beteiligten für das berufliche Engagement für die Gemeinde und den Autorinnen und Autoren des Berichts für die interessanten Ausführungen. Wir stimmen dem Geschäftsbericht mit Freude zu und werden in der Detailberatung noch ein paar Anmerkungen machen.

Fredy Bolt (SP): Vor drei Jahren habe ich das Postulat für einen Brunnen auf dem Campusplatz eingereicht. Max Gasser hat im Januar 2021 informiert, dass auf dem Vorplatz des Towers ein Wasserspender mit Knopfdruck aufgestellt wird. Inzwischen wurde auf dem Sandplatz des Kinderspielplatzes eine Kinder-Wasserpumpe installiert. Wird damit das Postulat umgesetzt? Wenn ja, müsste ich dies als Verulking betrachten. Falls nein, bitte ich den Gemeinderat um eine Information über den aktuellen Stand.

Mirjam Aebischer (SP): Eine Frage zu „Wir sind eine attraktive Arbeitgeberin“. In den Legislaturzielen heisst es: „Wir stellen für alle Abteilungen genügend personelle Ressourcen zur Verfügung.“ Wir haben den Eindruck, dass dies aus dem Gleichgewicht geraten ist. Windisch wächst, wir haben es gehört, plus 1 % pro Jahr, das ist viel. Mehr Einwohnerinnen und Einwohner haben zur Folge, dass die Gemeinde mehr Bedürfnisse abdecken muss. Sie ist mehr gefordert, die Fragestellungen werden komplexer, städtischer. Mehr Einwohnende bedeutet auch mehr Aufwand für die Verwaltung. Sorge bereitet, dass der Stand der Überstunden 2021 einen neuen Höchststand erreicht hat. Als Notmassnahme hat die Verwaltung die Öffnungszeiten reduziert, bezüglich Standortmarketing kein gutes Zeichen. Die zu erfüllenden Aufgaben und der Personalbestand müssen dringend überprüft werden. Wir wollen nicht, dass gut eingeführte und qualifizierte Mitarbeitende verloren gehen, weil der Arbeitsdruck zu gross ist. Wir erwarten mit dem Budget 2023 Korrekturen.

**Protokoll des Einwohnerrates****15. Juni 2022**

Monica Treichler, Vizepräsidentin (SP): Fredy Bolt hat am 30. April 2019 das Postulat für die Errichtung eines Trinkwasserbrunnens auf dem Campusplatz eingereicht. Mein Vorgänger, Max Gasser, hat im Januar 2021 informiert, dass die Eigentümer des Towers einen Wasserspender mit Knopfdruck installieren werden. Die Art des Wasserspenders wurde mit einem Bild dokumentiert, welches gemäss Information von Roland Schneider auch dem Einwohnerrat gezeigt wurde. Wie Fredy Bolt in einem Mail vom 7. Juni 2022 richtig ausführt, wurde unterdessen beim Sandkasten vor dem Tower eine kleine Kinder-Wasserpumpe installiert. Diese funktioniert gemäss meiner Überprüfung nicht richtig. Die Wasserpumpe entspricht in keiner Art und Weise dem versprochenen Wasserspender. Die Abteilung Planung und Bau wird den Sachverhalt mit dem Bauherrenvertreter des Towers klären und dafür sorgen, dass installiert wird, was versprochen wurde. Ich verspreche die Angelegenheit im Auge zu behalten.

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Im Geschäftsbericht sind die offenen Motionen und Postulate aufgelistet. Bei verschiedenen Vorstössen ist die Bearbeitungsfrist zeitlich überschritten, teilweise fehlt der gemäss Reglement fällige Zwischenbericht. Wir erwarten, dass diese Zwischenberichte auf die nächste Einwohnerratssitzung nachgeliefert werden. Besser wäre natürlich die definitive Erledigung.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Zum Hinweis der SP betreffend Personal: Die Jahre 2020 und 2021 waren speziell. 2021 hatte die Verwaltung krankheits- und unfallbedingte längere Ausfälle, was beim restlichen Personal zu grösseren Arbeitseinsätzen geführt hat. Seit Inkraftsetzung der neuen BNO hat die Anzahl der Baugesuche massiv zugenommen. Nebst den kleinen auch grosse oder Gestaltungsplanverfahren, welche entsprechend Zeit erfordern. Wir analysieren im Moment die Situation in den Abteilungen und werden mit dem Budget 2023 Antrag auf Stellenerhöhungen stellen. Prioritär betrifft es die Abteilung Planung und Bau, die anderen Abteilungen werden ebenfalls überprüft.

Philipp Ammon (SVP): Wir danken für den ausführlichen Bericht. Die Habsburgstrasse geht das Eigentum der Gemeinde über. Die Gemeindeordnung schreibt bei einem Landerwerb mit Kosten höher denn CHF 500'000.00 einen Einwohnerratsbeschluss vor. Da kein monetärer Abtausch erfolgt interessiert mich, ob dem Einwohnerrat eine

**Protokoll des Einwohnerrates****15. Juni 2022**

Vorlage unterbreitet wird und die Haltung des Gemeinderates zur Übernahme der Brücke. Diese wird der Gemeinde in ca. 40 bis 50 Jahren grosse Sorgen bereiten.

Die zweite Frage betrifft die Bushaltestellen. Ich danke Marco Wächter für die ausführliche Auskunft zu diesem Thema. 2014 hat der Kanton die Zürcherstrasse saniert. Jetzt sollen die Bushaltestellen dem Behindertengleichstellungsgesetz nicht entsprechen. Aus meinem beruflichen Alltag weiss ich, dass dieses Gesetz seit 2004 in Kraft ist, also zehn Jahre vor Baubeginn. Der Gemeinde sind leider die Hände gebunden. Der Kanton muss seine Planungs- und Baufehler korrigieren und stellt dies in Rechnung, ohne dass wir uns dagegen wehren können. Ich bitte die Pressevertreter dies öffentlich zu machen, dieses Vorgehen ist nicht richtig. Jeder Auftraggeber eines Bauprojektes ist verantwortlich für die planerische Korrektheit. Obwohl wir keine Verantwortung tragen, werden wir hier zur Kasse gebeten.

Eliane Frei (Grüne): Wir danken dem Gemeinderat und allen Beteiligten für den umfassenden Bericht. Es war für uns als neue Fraktion sehr spannend zu lesen, was im vergangenen Jahr geleistet wurde. Erstaunt hat uns die Aussage, dass der Schleichverkehr durch die Quartiere aufgrund der Südwest-Umfahrung abgenommen hat und die Busanschlüsse in Brugg besser gewährleistet sind. Diese Aussage ist durch Messungen zu belegen. Gemeinderätin Anita Bruderer hat mir bestätigt, dass dies noch gemacht wird. Ich bin auf die Resultate der Messungen gespannt und hoffe, dass die Aussage bestätigt wird.

Anita Bruderer, Gemeinderätin (FDP): Geschätzter Herr Präsident, würden Sie bitte das Wort Roland Schneider erteilen betreffend Habsburgstrasse?

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Ich erteile Roland Schneider das Wort.

Roland Schneider, Leiter Planung und Bau: Dem Einwohnerrat wird eine Vorlage unterbreitet. Für die Erneuerung der Leitungen und für die Gestaltung der Strassenoberfläche wird dem Einwohnerrat ein Kredit unterbreitet. Die Erneuerung der Strasse wird vom Kanton finanziert und ich weiss nicht, ob dies einen Beschluss erfordert. Wir erhalten einen Vertrag, der Einwohnerrat muss über die Übernahme befinden. Die Übernahme der Brücke ist noch Gegenstand von Verhandlungen. Müssen wir diese im

**Protokoll des Einwohnerrates****15. Juni 2022**

schlimmsten Fall übernehmen, werden wir uns dafür einsetzen, dass die Brücke in guter Obhut übergeben wird, sodass der Betrieb, Unterhalt und die Inspektion nicht bei uns ist. Wir haben in diesem Bereich keine Kompetenzen, wären jedoch dafür verantwortlich.

Bruno Kaufmann (FDP): Mein Dank geht an die Schule und die Lehrerschaft, das Wichtigste an der Schule. Seit Beginn dieses Jahres gibt es keine Schulpflege mehr und es wurde das Schulkonferenz-Modell eingeführt. Es war bereits im Vorfeld klar, dass es mehr Ressourcen braucht. Im Oktober hat der Einwohnerrat der Erhöhung der Stellenprozentage von 230 auf 320 zugestimmt, 90 Stellenprozentage mehr. Mit der Anstellung von Jürg Amsler ist der Rekrutierungsprozess im Dezember erfolgreich abgeschlossen worden. Ein halbes Jahr später hat Jürg Amsler die Schule bereits wieder verlassen, ebenso haben offenbar sämtliche Schulleiter innerhalb eines Jahres gewechselt. Mehrere Lehrerinnen und Lehrer haben zudem gemeinsam gekündigt. Wie ist die Situation aus Sicht des Gemeinderates? Ist dieses Organisationsmodell weiterhin geeignet? Werden Änderungen in Betracht gezogen? Wenn ja, welche?

Isabelle Bechtel, Gemeinderätin (FDP): Es ist richtig, dass Jürg Amsler die Schule bereits wieder verlassen hat. Er wurde im Dezember per 1. April 2022 angestellt. Von Januar bis März 2022 wurde er von Ernesto Hitz eingeführt und hat das Amt offiziell am 1. April 2022 übernommen. Leider mussten wir nach kurzer Zeit feststellen, dass er nicht die richtige Person an der richtigen Stelle ist. Das Anstellungsverhältnis wurde in der Probezeit im gegenseitigen Einverständnis aufgelöst. Es war für alle Beteiligten die einfachere und bessere Lösung. Ernesto Hitz ist als Übergangslösung wieder im Einsatz. Die Stelle soll rasch möglichst wieder besetzt werden, diesmal hoffentlich definitiv. Der Wechsel der Lehrpersonen und Schulleitungspersonen liegt einige Zeit zurück. Ich arbeite seit drei Jahren für die Schule. In dieser Zeit wurden bis auf eine Person alle Schulleitungen neu besetzt. Der Grund liegt nicht beim Modell, sondern an verschiedenen allen bekannten Umständen. Es wird einige Zeit brauchen, bis sich die Situation wieder beruhigt hat und die Normalität wieder einkehrt. Wir sind auf gutem Wege, haben wieder Stabilität erlangt und können mit den Leuten vor Ort deshalb langfristiger planen. Mir sind derart viele Abgänge bei den Lehrpersonen nicht bekannt. Ich weiss, dass auf das neue Schuljahr praktisch alle Stellen besetzt werden konnten.

**Protokoll des Einwohnerrates  
15. Juni 2022**

Diesbezüglich haben wir schon länger eine komfortable Situation. Eine höhere Fluktuation als an anderen Orten haben wir sicher nicht.

Offene Abstimmungen

Der Einwohnerrat fasst mit 36 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat nimmt vom Geschäftsbericht 2021 der Einwohnergemeinde in zustimmendem Sinne Kenntnis.

**5 Rechnung 2021 der Einwohnergemeinde (inkl. Eigenwirtschaftsbetriebe); Genehmigung**

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung Allgemein

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Die Rechnung 2021 schliesst mit einem Gewinn von CHF 2,45 Mio. und Investitionsausgaben von CHF 3,93 Mio. sehr gut ab. Die Selbstfinanzierung ist mit 9.23 Mio. erfreulich hoch, das Nettovermögen konnte auf aktuell 7.7 Mio. erhöht werden. Die rund 2.5 Mio. Mehreinnahmen über alle Steuerarten haben vor allem zu diesem guten Ergebnis geführt. Ebenso, das möchte ich einmal mehr betonen, die sehr gute Ausgabendisziplin der Abteilungen. Die finanzielle Lage hat sich durch diesen Abschluss weiter verbessert und die Ausgangslage für die anstehenden hohen Investitionen etwas entspannt. Die vom Gemeinderat festgelegten Richtwerte der Finanzstrategie werden alle eingehalten.

Die Jahresrechnung 2021 beinhaltet zwei spezielle Ereignisse. Die Mehrwertabgeltung, Konto 7900, die Abschöpfung des Mehrwertes bei Grundstücken durch Planungsänderungen, sind durch die Inkraftsetzung der neuen BNO von den Grundeigentümern gegenüber der Gemeinde geschuldet. Obwohl die Rechnungsstellung erst bei einem allfälligen Verkauf oder bei Einreichen eines Baugesuches erfolgt, muss die Forderung in der Jahresrechnung abgebildet werden. Die Gemeinde hat diese Mehrwertabgaben bei den

**Protokoll des Einwohnerrates****15. Juni 2022**

Eigentümern als Last im Grundbuch eintragen lassen. Die Einnahmen von rund CHF 4,6 Mio. sind vollumfänglich dem Fonds zugewiesen worden. Das zweite Thema, ich hoffe wir können dieses 2023 abschliessen, betrifft die Altlastensanierung Fröschegräben. Am 23. Oktober 2019 hat der Einwohnerrat den Verpflichtungskredit von CHF 2,318 Mio. genehmigt. In den Budgets 2020 und 2021 wurden die Tranchen für die Sanierung eingestellt. Der Baustart hat sich im ersten Jahr durch das sehr umfassende und zeitintensive Baubewilligungsverfahren verzögert, im zweiten Jahr hat uns das Hochwasser überrascht. Damit die Sanierungskosten das Budget 2022 und 2023 nicht nochmals belasten, hat sich der Gemeinderat in Absprache mit der kantonalen Finanzaufsicht entschieden, im Jahr 2021 eine Rückstellung für die Ausführung der Sanierung zu bilden. Im Namen des Gemeinderates danke ich der Abteilung Finanzen, speziell Michael Schleuniger, für die umsichtige, sorgfältige Buchführung. Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, die Jahresrechnung 2021 zu genehmigen.

Daniel Brassel, FiGPK (EVP): Die Rechnung 2021 wurde durch die Revisionsgesellschaft thv und die FiGPK eingehend geprüft. Die Revisionsgesellschaft hat die Bilanz und Erfolgsrechnung aus finanztechnischer Sicht geprüft und die saubere und kompetente Rechnungsführung wiederum ausdrücklich gelobt. Besten Dank an Michael Schleuniger und sein Team. Die Prüfung der FiGPK erfolgte unter dem Aspekt der Finanzpolitik und Geschäftsprüfung. Jedes Mitglied hat einen oder zwei Bereiche geprüft, inkl. Spezialfinanzierungen und den entsprechenden Themen im Geschäftsbericht. Ebenso wurden die Kreditkontrollen, Anlagenspiegel, Abschreibungen und Rückstellungen mit der Rechnung querverglichen. Wie gewohnt, haben wir den umfangreichen Geschäftsbericht geprüft. Besten Dank an die Verfasser.

Der Abschluss ist sehr positiv ausgefallen, vor allem dank höherer Steuereinnahmen von CHF 2.5 Mio. Die Steuereinnahmen 2021 bewegen sich in der Grössenordnung des Jahres 2020. Die Finanzlage hat sich dank dem Ergebnis der Rechnung 2021 weiter positiv entwickelt. Mittlerweile sprechen wir nicht mehr von einer Schuldenreduktion, sondern von einem Vermögensaufbau von CHF 7 Mio. im letzten Jahr. Per Ende 2021 beträgt das Vermögen rund 7.7 Mio., was CHF 971.00 pro Einwohner entspricht. Grossen Einfluss auf den Vermögenszuwachs haben die verfügbaren Mehrwertabgeltungen im Gebiet Winkel von CHF 4.6 Mio. Konsolidiert, Einwohnergemeinde und Spezialfinanzierungen, haben wir ein Nettovermögen von CHF 33.2 Mio. Ich würde mich gerne an

**Protokoll des Einwohnerrates****15. Juni 2022**

diese Entwicklung gewöhnen. Geniessen wir den Moment, es wird bald anders aussehen, besonders wenn ich an die Finanzplanung und die kostenintensiven Aufgaben denke. Die Abteilung Finanzen kontrolliert die laufenden Kredite systematisch und aufmerksam. Im Zeitpunkt der Rechnungsprüfung waren keine grösseren, negativen Abweichungen bei den Krediten zu erkennen. Die FiGPK hat weiter fünf Verpflichtungskredite ohne separate Kreditabrechnung geprüft und diese als gut befunden. Wie in den Vorjahren war die Budgetdisziplin der Verwaltung auch 2021 sehr hoch. Bei den stark beeinflussbaren Positionen Personalaufwand und Sach- und Betriebsaufwand liegt die Abweichung beim Aufwand der Rechnung, inkl. Spezialfinanzierungen, gegenüber dem Budget bei minus 3%. Entgegen unseren Befürchtungen wurden die Finanzen vom Virus nicht angesteckt.

Die thv hat wiederum eine Schwerpunktprüfung durchgeführt, dieses Mal bei der materiellen Hilfe. Es wurden Abläufe, Dokumentationen, Richtlinien, Kompetenzregelungen, Klientenbuchhaltung und einiges mehr angeschaut, geprüft und beurteilt. Es wurden keine Unstimmigkeiten festgestellt und die thv hat ein sehr positives Bild von der Führung der Sozialen Dienste erhalten.

Die Prüfung erfolgte mit einem neuen Team, bestehend aus erfahrenden Cracks und neuen, frischen Sichtweisen und Inputs. Für den geleisteten, grossen Einsatz sowie die Geduld während den diversen Zoom-Meetings, die Sitzungen fanden mehrheitlich online statt, danke ich meinen Kolleginnen und Kollegen. Die FiGPK dankt Verwaltung und Gemeinderat für die gute Zusammenarbeit, im Besonderen Heidi Ammon und Michael Schleuniger. Sie haben die Fragen von thv und FiGPK jederzeit umfassend beantwortet. Die FiGPK empfiehlt dem Einwohnerrat, gestützt auf den Revisionsbericht der thv und die eigenen Prüfungen, die Rechnung 2021 zu genehmigen.

Karin Hefti (FDP): Ich danke der Verwaltung für die professionelle Buch- und Rechnungsführung. Herzlichen Dank an die FiGPK für die grosse Arbeit und gute Berichterstattung.

Die Jahresrechnung 2021 ist erstaunlich normal ausgefallen. Im Gegensatz zum Bund ist von den grossen Unsicherheiten im 2. Corona-Jahr nichts zu sehen. Der Bund hat zur Abfederung der Corona-Pandemie enorme CHF 14 Milliarden (wie Kurzarbeitsentschädigung, Härtefallmassnahmen für Unternehmen) ausgegeben. Dies hat unter an-

**Protokoll des Einwohnerrates****15. Juni 2022**

derem dazu beigetragen, dass der befürchtete tiefere Steuerertrag bei uns nicht eingetreten und die Kosten der Sozialhilfe nicht explodiert sind. Die Zukunft bleibt ungewiss, jetzt wo in der Ukraine Krieg herrscht und Freiheit und Demokratie verteidigt werden. Folgende Punkte hebe ich hervor: Die Rechnung der Einwohnergemeinde schliesst mit einem Gewinn von CHF 2.45 Mio. ab, budgetiert war ein Verlust von CHF 1'080'000. Der Hauptgrund für die positive Abweichung liegt bei den gegenüber Budget um CHF 1'743'339 höheren Einkommens- und Vermögenssteuern von Privatpersonen. Der coronabedingt befürchtete Steuereinbruch ist nicht eingetroffen. Budgetiert wurde gemäss kantonalen Vorgaben. Nichtsdestotrotz beträgt der Windischer Normsteuerertrag nur rund 90 % des Kantonsmittels, dies bleibt ein Standortnachteil. Ebenfalls herausfordernd sind die im Kantonsvergleich tiefen Windischer Unternehmenssteuern. 2021 betragen die Gewinn- und Kapitalsteuern juristischer Personen CHF 883'519.20. Im Kantonsschnitt eher tief. Die spezielle Verbuchung der Altlastensanierung Fröschegräbe wurde mit der Gemeindeaufsicht abgesprochen. Die Sanierung der wilden Abfalldeponie erfolgt ab 2022, der Jahresrechnung 2021 wurde der Nettoaufwand von CHF 591'510 belastet (Rückstellung CHF 2.3 Mio. / zugesicherte Bundes- und Kantonsbeiträge CHF 1.7 Mio.). Die Sanierung erfolgt in den Jahresrechnungen ab 2022 ergebnisneutral unter der Prämisse, dass sie im Rahmen der geschätzten Kosten erfolgt und die Voraussetzungen für die zugesicherten Bundes- und Kantonsbeiträge erfüllt sind. Die zweite spezielle Buchung, diese ist korrekt, ist die Mehrwertabgabe. Mit der rechtskräftigen BNO wurde für diverse Parzellen eine Mehrwertabgeltung verfügt. 2021 erfolgte für die rechtskräftig verfügbaren Mehrwertabgaben im Gebiet Winkel eine Sollstellung von CHF 4'587'062, das Geld fliesst aber erst in der Zukunft. Die Mehrwertabgabe ist geschuldet bei einem allfälligen Verkauf der Parzelle oder mit dem Einreichen des Baugesuchs. Die Mehrwertabgabe von CHF 4.6 Mio. ist erfolgsneutral. Sie erhöht rein technisch das Nettovermögen und die Selbstfinanzierung um je CHF 4.6 Mio. auf 9.2 Mio. Ohne Fondseinlage Mehrwertabgabe wäre die Selbstfinanzierung CHF 4.6 Mio. Noch eine Ergänzung zur Spezialfinanzierung. Die Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung verfügt mit CHF 14.5 Mio. über viel Geld. Die FDP-Fraktion hat vor einem Jahr ein Postulat bezüglich Senkung der Abwassergebühren eingereicht. Der Gemeinderat hat es entgegengenommen, ob es in Bearbeitung ist, wissen wir nicht. Die FDP-Fraktion erwartet im Oktober den Vorschlag des Gemeinderates zu den Abwassertarifen.

**Protokoll des Einwohnerrates****15. Juni 2022**

Mit dem Schulhausneubau kommen sehr hohe, zu finanzierende Kosten auf die Gemeinde zu. Es gilt eine finanziell nachhaltige Verschuldung und Schuldenlast sicherzustellen. Der Einwohnerrat muss die Baukosten auf das Notwendige beschränken und bei neuen zusätzlichen Ausgaben ist Zurückhaltung angesagt. Einmal genehmigt, sind sie nicht mehr weg zu bringen und verschlechtern die Selbstfinanzierung. Fazit: Die FDP-Fraktion stimmt der Genehmigung der Jahresrechnung 2021 zu.

Luzia Capanni (SP): Die SP-Fraktion freut sich über den guten Rechnungabschluss 2021. Einmal mehr, es ist schon fast eine Gewohnheit, folgt einem Budget mit einem Minus, eine Rechnung mit einem deutlichen Plus. Seit Jahren setzt sich die SP-Fraktion für eine realistischere Budgetierung und gegen die Worst-Case-Budgetierung des Gemeinderats ein. Der Rechnungsabschluss 2021 bestätigt einmal mehr, dass die SP-Fraktion richtig liegt. Wir sind uns aber bewusst, dass die aktuelle Schuldenfreiheit zu einem wesentlichen Teil auf Einmal-Effekten beruht, vor allem auch solchen, die in Zusammenhang mit der Zonenplanung stehen. Eine Selbstfinanzierung von über CHF 9 Mio. wird die Ausnahme bleiben, zwischen CHF 4 und 5 Mio. sind für die nächsten Jahre durchaus realistisch. Dies gibt Anlass zu Optimismus, dass sich die Neu-Verschuldung bei der Finanzierung der neuen Schulanlage Dohlenzelg in Grenzen halten wird und andere wichtige zukünftige Investitionen nicht verhindert. Wir hoffen, wie durch die Befürwortenden versprochen, dass die Steuergesetzrevision keine Mindereinnahmen zur Folge haben wird. Unser Dank gilt den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, aber genauso der kostenbewusst arbeitenden Gemeindeverwaltung. Dies gibt Anlass zu einer kritischen Bemerkung: Windisch wächst, Windisch plant und Windisch baut, sie haben es im Votum von Mirjam Aebischer gehört. Damit wachsen die Ansprüche an die infrastrukturellen Leistungen der öffentlichen Hand bei den grossen anstehenden baulichen Planungen, aber auch im Energie- und Verkehrsbereich und allen anderen Aufgabenbereichen. Aus der Landgemeinde ist eine Zentrumsgemeinde geworden. Um diese Herausforderungen nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ meistern zu können, braucht es genügend Personal. Wir fragen uns, ob die Gemeindeverwaltung aktuell personell richtig aufgestellt ist. Wir erwarten entsprechende Anträge mit dem Budget 2023. Zum Schluss ein spezieller Dank an Michael Schleuniger, Leiter Finanzen + Controlling, für die gute Dokumentation der Rechnung und die immer hilfreiche und freundliche Auskunftserteilung. Ein Dank auch an die FiPGK für ihre Arbeit. Die SP-Fraktion stimmt der Rechnung 2021 zu.

**Protokoll des Einwohnerrates****15. Juni 2022**

Novica Vidic (SVP): Die SVP hat die Rechnung geprüft. Es ist erfreulich, dass diese entgegen allen Erwartungen wiederum positiv abgeschlossen hat. Dies in einem Jahr, wo Corona für grosse Unsicherheiten gesorgt hat. Die Kennzahlen sind im positiven bzw. im grünen Bereich. Die SVP dankt Gemeinderat und Verwaltung für die Ausgabendisziplin und erwartet, dass diese weitergeführt wird. Grosse Projekte stehen an - wir wissen es alle, das Schulhaus Dohlenzelg. Das positive Ergebnis soll helfen, Möglichkeiten zu finden, die Finanzierung ohne Erhöhung des Steuerfusses sicherzustellen. Wir haben es vorher von der FDP gehört, im Vergleich zu den umliegenden Gemeinden ist Windisch bezüglich Steuern eher unattraktiv. Vielen Dank für den ausführlichen Bericht, die SVP wird der Rechnung zustimmen.

Eliane Frei (Grüne): Wie bereits in verschiedenen Voten ausgeführt, stimmt es auch uns positiv, dass die Steuereinnahmen weiter gestiegen sind und uns Corona nicht grundsätzlich einen Strich durch die Rechnung gemacht hat. Es ist wichtig, diesen Trend auch für die Budgetplanung 2023 zu berücksichtigen. In den letzten Jahren haben wir mit relativ hohem Sicherheitsdenken budgetiert. Dadurch steht die Gemeinde finanziell gut da, was uns freut. Es hat aber zur Folge, dass bei Investitionen teilweise gespart wurde. Es ist wichtig im Hinterkopf zu behalten, Sparen am falschen Ort führt mittelfristig zu höheren Ausgaben. Zum Beispiel beim Erhalt der Infrastrukturen oder bei verpassten Präventionsmöglichkeiten. Schlimmstenfalls führt diese Zurückhaltung zu teuren „Hauruckübungen“, um etwas wieder geradezurücken. Das Budget sollte ein Steuerungsinstrument sein mit dem Ziel, am Ende eine Punktlandung zu erreichen. So können wir sicherstellen, dass die vorhandenen Mittel eingesetzt werden und Windisch eine attraktive Gemeinde bleibt oder noch attraktiver wird. Zur Rechnung haben wir als Fraktion keine weiteren Anmerkungen und bedanken uns für die geleistete Arbeit. Wir heissen die Rechnung gut.

Elsbeth Hofmänner (Die Mitte): Auch die Fraktion der Mitte freut sich über das positive Rechnungsergebnis. Die aufgrund von Corona defensiv budgetierten Steuereinnahmen und erwarteten Ausgaben haben sich nicht bewahrheitet. Dieses positive Rechnungsergebnis darf uns aber nicht zu finanziellem Übermut verleiten. Wir müssen mit unseren Mitteln nach wie vor haushälterisch umgehen und die Ausgaben am richtigen Ort und

**Protokoll des Einwohnerrates****15. Juni 2022**

in der richtigen Höhe einzusetzen. Karin Hefti hat das Postulat der FDP betreffend Reduktion der Abwassergebühren erwähnt. Wir erwarten mit dem Budget eine Reaktion. Wir danken der Verwaltung und dem Gemeinderat für die Bewältigung der umfangreichen Arbeit, der FiGPK für die fundierte Arbeit. Der umfassende Bericht unterstützt uns jedes Jahr, ebenso unser FiGPK-Mitglied Michael Hausherr. Die Mitte wird der Rechnung zustimmen.

Daniel Brassel (EVP): Die EVP-Fraktion freut sich ebenfalls über das positive Rechnungsergebnis. Dieses hilft mit, die zukünftigen Investitionen zu meistern. Auch wir erwarten weiterhin einen sorgfältigen Umgang mit den Finanzen. Die Fraktion dankt der Verwaltung für die grosse geleistete Arbeit im letzten Jahr, den ausführlichen Bericht und der FiGPK für die Prüfung. Die EVP-Fraktion wird der Rechnung zustimmen.

Detailberatung Rechnung

Keine Wortmeldungen.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 35 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Jahresrechnung 2021 der Einwohnergemeinde Windisch wird genehmigt.

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Das Jahr ist 2021 ist nun auch verwaltungstechnisch abgeschlossen und ich danke dem Gemeinderat und der Verwaltung für die im letzten Jahr geleistete Arbeit. Danke für die beiden sehr umfangreichen Berichte, ich weiss wieviel Detailarbeit dahinter steht.

**6 Verpflichtungskredit Campussaal; Verlängerung Betriebsbeiträge 2023-2027**

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Wer mag sich noch an den wenig genutzten, zentral gelegenen Bahnhofplatz vor dem Bau des Campus erinnern? Die ausstrahlungsstarke Gestaltung der Campusbauten lädt heute zum Verweilen bei. Der Campus trägt wesentlich dazu bei, dass der Name der Standortgemeinden Brugg und Windisch über die Gemeinde- und Kantonsgrenzen hinausgetragen wird. Die Region und insbesondere Windisch hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt. Diese positive Entwicklung hat ihren Anfang beim Campusareal. Eine Entwicklung, vorausschauend, zielorientiert, unter anderem mit dem Bau des Campus Brugg Windisch, ich erinnere daran, in einer schwierigen Zeit. Windisch stand vor grossen Herausforderungen. Gelingt es mit dem Bau des Campus die Entwicklung der Gemeinde voranzutreiben, die Steuerkraft zu stärken oder gehen wir in eine völlig falsche Richtung? Zahlreiche Folgeprojekte haben die Region, die Stadt Brugg und insbesondere Windisch mit der Fehlmannmatte, dem Baufeld Tower und dem Kunzareal wesentlich gestärkt.

Im Campussaal finden kommunale, regionale und nationale Anlässe statt. Der Campussaal verdient weiterhin ein ausserordentliches Engagement der beiden Gemeinden mit dem Ziel, die positive Entwicklung in den nächsten Jahren weiterzuentwickeln. Der Campussaal ist zum Leuchtturm geworden. Nutzen wir die Zeit, um den Campus-saal zu einem nicht mehr wegzudenkenden Raum für grosse Ideen zu formen. Der Gemeinderat beantragt, die jährlich wiederkehrenden Verpflichtungskredite von maximal CHF 190'000 für die Gewährung der Betriebsbeiträge für den Campussaal für die Jahre 2023 bis 2027 zu genehmigen.

Novica Vidic, FiGPK (SVP): Die FiGPK hat den Verpflichtungskredit geprüft. Die Zahlungen der Erfolgsrechnung 2021 der CBAG entsprechen dem Abschluss. Nach Einschätzung der FiGPK verfügt der Verwaltungsrat über das notwendige Fachwissen und Erfahrungen. Details zur Zusammenstellung des Verwaltungsrates finden Sie im FiGPK-Bericht.

Die FiGPK teilt die Meinung des Gemeinderates, dass der Campus wesentlich zur Entwicklung und zur Attraktivität von Windisch beigetragen hat. Ebenso der Campussaal. Die FiGPK erachtet es als sinnvoll und gerechtfertigt, die Unterstützung durch Betriebsbeiträge weiterzuführen und erachtet diese als finanziell tragbar. Gemäss Aussage des Verwaltungsratspräsidenten ist der Vertrag zwischen der CBAG und der ABA fair. In

**Protokoll des Einwohnerrates****15. Juni 2022**

Relation zum Betriebsrisiko, welches primär bei der ABA liegt, wird nach seiner Beurteilung kein überhöhter Gewinn erwirtschaftet. Wir haben uns gefragt, wie weit dies der Fall ist. Grundsätzliche Anpassungen der teilweise sehr komplexen Organisationsstruktur und eine Neuausschreibung des Saalbetriebs erachtet die FIGPK im jetzigen Zeitpunkt nicht als sinnvoll. Einerseits aufgrund der bestehenden langfristigen Verträge mit Brugg, andererseits in der aktuell schwierigen Zeit nach der Corona-Pandemie. Es ist wichtig, in der bewährten Zusammenarbeit am Markt auftreten zu können. Per Ende 2028 läuft die minimale Vertragsdauer der Aktionärsbindungsverträge für die CIAG und die CBAG ab. Wichtig: Die Kündigungsfrist beträgt 5 Jahre, eine Kündigung müsste somit per 31. Dezember 2023 erfolgen. Brugg hat die Betriebsbeiträge bis Ende 2027 bewilligt. Es ist deshalb angezeigt, sich spätestens auf diesen Zeitpunkt hin grundsätzlich Gedanken zu machen, in welcher Form Eigentum, Vermarktung und der Betrieb des Campussaals längerfristig organisiert und geregelt werden sollen. Dazu gehören unter anderem Fragen zur Aufgabenabgrenzung und Risiken, geeignete Strukturen und gewünschte Transparenz aber auch die Thematik der Transferpreise. Die CBAG bezahlt an die CIAG aktuell CHF 520'000.00 Miete, zuzüglich Nebenkosten von rund CHF 80'000.00. Diese soll den Liegenschaftsaufwand und die Abschreibungen decken und dazu beitragen, dass die CIAG keinen Wertverlust erleidet. Sie ist aber nicht marktgerecht. Aus den Beiträgen von CHF 100'000.00 der ABA kann sie heute weniger als 20% davon finanzieren. Es ist wichtig, diese Diskussion frühzeitig, vor 2024, gemeinsam mit der Stadt Brugg zu führen. Fristen sollen nicht verpasst werden und nicht unter Zeitdruck suboptimale Lösungen beschlossen werden. Die FIGPK empfiehlt dem Einwohnerrat einstimmig, den Verpflichtungskredit zur Verlängerung der Betriebsbeiträge 2023 bis 2027 zu genehmigen.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Fredy Bolt (SP): Wir haben vor fünf Jahren bereits die Beiträge für den Campusaal für fünf Jahre gesprochen. Leider hat sich unsere Hoffnung zerschlagen, bis 2022 noch weitere Defizitträger zu finden. Vielleicht wäre es 2017 besser gewesen, wie von Bernhard Stüssi beantragt, die Beiträge analog Brugg für zehn Jahre zu genehmigen. Die Probleme von 2022 sind dieselben wie 2017. Das Protokoll der heutigen Diskussion

**Protokoll des Einwohnerrates****15. Juni 2022**

wird derjenigen vom März 2017 ähnlich sein. Unsere Fraktionssprecherin Pia Stammler hat damals unter anderem gesagt: „Die Vorlage hätte etwas weniger euphorisch und mehr realistisch sein können“. Das Gleiche gilt für die heutige Vorlage. Wir danken der FiGPK, dass sie auch die kritischen Punkte beleuchtet hat. Die Botschaft des Gemeinderates betont sehr einseitig die Chancen, nicht aber die Probleme und Risiken, welche der Campussaal für die Gemeinde mit sich bringt. Es ist merkwürdig, wenn die Wichtigkeit des Saals für Brugg und Windisch so hervorgehoben wird, es aber gleichzeitig grösste Mühe bereitet, auch nur kleine Beiträge ausserhalb der öffentlichen Hand für den Betrieb des Campussaals zu generieren. Die SP-Fraktion stimmt der Verlängerung mehrheitlich zu. Nicht aus Begeisterung, sondern eher mangels Alternativen. Wir halten zwei Punkte fest: 1. Der Campussaal muss neue und potente Sponsoren finden wenn er über 2028 hinaus betrieben werden soll. In diesem Zusammenhang muss, wie von der FiGPK erwähnt, bald über den Aktionärsbindungsvertrag entschieden werden. Eine Kündigung muss nicht zwingend das Ende des Campussaals sein, sie erhöht aber die Optionen für die Zeit nach 2028. Dies sollte nach Möglichkeit in Absprache mit Brugg geschehen. 2. Die Nutzer des Campussaals sind nicht die Einwohnerinnen und Einwohner von Windisch, auch wenn wir jetzt hier sitzen. Für einheimische Gruppen und Organisationen ist er zu gross und zu teuer. Die Diskussion über kostengünstige und niederschwellige Begegnungsorte darf infolge der Existenz des Campussaals und der Notwendigkeit, diesen zu füllen, nicht abgewürgt werden. Der Campussaal trägt nicht zur Lebendigkeit des Quartier- und Gemeindelebens bei. Dieser Punkt ist im Hinblick auf die kommende Diskussion des Stadtraums Bahnhof und den Begegnungs- und Nutzungsorten in den Quartieren wichtig. Grosszügigkeit darf nicht einseitig zu Gunsten des Campussaals praktiziert werden. In diesem Sinne stimmt die Fraktion, wie bereits erwähnt, der Vorlage mehrheitlich zu.

Martin Gautschi (FDP): Die FDP-Fraktion hat sich mit dem Thema ebenfalls auseinandergesetzt. Dem Antrag ist für weitere fünf Jahre zuzustimmen. Der Kostenanteil von Brugg mit CHF 372'000.00 ist wesentlich höher. Einen Punkt möchte ich einbringen. Ich hatte Gelegenheit, als Vertreter der AIHK an einer Sitzung mit dem ABA-Management, der Betreiberin des Saals, und Marco Wächter teilzunehmen. Wir haben gebeten, die Tarife anders zu gestalten, vor allem für die KMU's der Region, damit sich diese den Saal leisten können. Im Vergleich mit der Region Aarau sind die Preise völlig überhöht.

**Protokoll des Einwohnerrates****15. Juni 2022**

Windisch und Brugg als tragende Gemeinden sollen sich dafür einsetzen, dass sich etwas bewegt und die Auslastung vor allem in Randzeiten, wo sich KMU's eine Belegung leisten können, besser wird. Dies bedingt, dass die Preise für kleine Firmen dynamischer, flexibler und freundlicher werden. Es muss möglich sein, dass eine regionale KMU unter der Woche einen Anlass, beispielsweise ein Weihnachtsessen, im Saal durchführen kann. Die heutigen Preise lassen dies nicht zu.

Heiko Loretan (Die Mitte): Wir danken der FiGPK für die geleistete Arbeit. Sie hat am Informationsanlass teilgenommen, sich vor Ort ein Bild gemacht und nicht nur die Papiere studiert. Das war extrem wichtig. Der vier Seiten umfassende, auf das Wesentlichste zusammengefasste Bericht hat dazu geführt, dass fast keine Fragen offen blieben. Die Mitte stimmt dem Geschäft im Sinne des Hinweises der FiGPK zu, dass wir bereits heute darüber nachdenken müssen, was 2028 sein wird. Wir bitten den Gemeinderat als Hausaufgabe die Bearbeitung frühzeitig an die Hand zu nehmen.

Stefan Fehlmann (EVP): Wie Fredy Bolt erwähnt, haben wir dieses Thema bereits vor fünf Jahren diskutiert. Damals im Gemeindehaus, heute dürfen wir den schönen Saal nutzen. Wir danken dem Gemeinderat und der Verwaltung für die gut ausgearbeitete Vorlage. Der Preis ist unverändert, wie vor 5 Jahren CHF 190'000.00. Bereits damals war es schwierig einer Vorlage zuzustimmen, wo man keine Wahl hat. Wir haben die Vorlage vor fünf Jahren unterstützt und werden dies wieder tun. Wie vor 5 Jahren sind wir der Ansicht, dass es eine Alternative oder eine andere Variante braucht, ich schliesse mich meinen Vorrednern und der FiGPK an. Es war in den letzten Jahren schwierig, Corona war sicher kein Vorteil. aber es wäre gut, sich jetzt Gedanken zu machen, wie es nach 2027 weitergehen soll.

Philipp Ammon (SVP): Wir haben vor fünf Jahren beantragt, den Kredit für zehn Jahre zu sprechen. Dies wollte man nicht, ich begrüsse die Aussage von Fredy Bolt. Der Wortlaut des Antrages ist praktisch identisch mit demjenigen vor fünf Jahren. Wir stimmen dem Geschäft zu. Besten Dank für die Führung am Infoabend. Es war schön, einmal hinter die Kulissen zu schauen. Wir danken auch für den Bericht der FiGPK. Wie alle anderen Fraktionen bitten wir den Gemeinderat, die Thematik mit Brugg anzugehen. Brugg ist der Mehrheitsaktionär und wir sind mit im Boot. Fredy Bolt hat es ange-

**Protokoll des Einwohnerrates****15. Juni 2022**

sprochen, es ist viel Geld und nicht für das Quartier. Ich verstehe, dass es keine Rechtfertigung ist, deswegen auf andere Dinge im Quartierleben zu verzichten. Ich rufe uns aber ins Bewusstsein, dass es vor 15 Jahren oder noch früher eine Verbindlichkeit gab, dass wir den Campus überhaupt erhalten und diesem Punkt müssen wir heute noch Rechnung tragen. Die damals gefällten Beschlüsse können nicht einfach ignoriert werden, sie waren nachvollziehbar. Die Situation ist heute anders, aber die damals gefällten Beschlüsse gelten immer noch und verpflichten uns bei diesem Geschäft.

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Der Antrag muss formell abgeändert werden. In der Botschaft steht nur „für die Gewährung von Betriebsbeiträgen für den Campussaal für die Jahre 2023 bis 2027.“ Wir können an den Campussaal keine Betriebsbeiträge leisten, diese werden an die Campussaal Betriebs AG bezahlt.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 32 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat beschliesst einen jährlich wiederkehrenden Verpflichtungskredit von maximal CHF 190'000 (Anteilsquote 35 %) für die Gewährung von Betriebsbeiträgen für die Campussaal Betriebs AG für die Jahre 2023 bis 2027.

**7 Beantwortung Postulat Neuregelung der Unterrichtszeiten in der Primarschule am Nachmittag**

Karin Hefti (FDP): Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist seit Jahren ein Kernanliegen von Eltern mit Kindern vor dem Teenageralter. Nebst anderen Akteuren, wie Arbeitgeber, muss die Volksschule ihren Beitrag zur Lösung leisten. Die Stundenpläne der Primarschule müssen am Nachmittag die Vereinbarkeit von Beruf und Familie unterstützen. Was hindert die Primarschule und den Gemeinderat daran, für einen verlässlichen Stundenplan mit einheitlichem Beginn um 13.30 Uhr und Geschwisterkompatiblen Zeitprofilen wie an anderen Orten zu sorgen? Es gibt viele Gründe, welche für die Neu-

**Protokoll des Einwohnerrates****15. Juni 2022**

regelung der Unterrichtszeiten an der Primarschule am Nachmittag sprechen. Alle Familien profitieren von einer optimierten Stundenplangestaltung, unabhängig davon in welchem Quartier sie leben und vom gewählten Rollenmodell Mann/Frau. Es werden keine Gründe, nur Vorwände genannt, weshalb dies nicht möglich ist. Die FDP Windisch hat deshalb an ihrer GV vom 10. März 2022 beschlossen, nach dem Postulat mit einer Motion nachzudoppeln. Die Beantwortung des Postulates durch den mit einer Frauenmehrheit zusammengesetzten Gemeinderat irritiert mich. Die bessere Vereinbarkeit, gesellschaftlich ein zentrales Thema, wird nicht angepackt. Erfolg hat drei Buchstaben: TUN. Windisch ist modern. Wir Einwohnerräte sind in unserem Abstimmungsverhalten unserem eigenen Gewissen verpflichtet. Ich bitte zum Wohle der heutigen und zukünftigen Windischer Familien das Postulat an den Gemeinderat zurückzuweisen.

Marco Jacopini (SP): Das Postulat, aber noch mehr die Beantwortung, hat uns beschäftigt. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss unterstützt, gefördert und ausgebaut werden. Gemäss Botschaft wurden auf das Schuljahr 2021/22 für Schülerinnen und Schüler aus der ersten und zweiten Primarschule am Mittwoch und Freitag zwei identische freie Nachmittage eingeführt. Wir begrüssen diesen Schritt in die richtige Richtung sehr. Die Begründung des Gemeinderates für die Abschreibung des Postulates ist allgemein und unvollständig. Antrag 1 fordert den Gemeinderat auf, darauf hinzuwirken, dass ab Schuljahr 2021/2022 am Nachmittag die Blockzeiten von 13.30 bis 15.05 Uhr eingehalten werden. Dieser wird nicht beantwortet. Wir bedauern, dass der Gemeinderat keine Gründe nennt, weshalb Antrag 1 nicht umsetzbar ist und welche Bemühungen, Abklärungen, Planungsbeispiele getroffen wurden, um zu diesem Schluss zu gelangen. Wir verstehen, dass das Postulat nicht abgeschrieben werden soll und unterstützen die Rückweisung mehrheitlich. Noch ein kurzer Ausblick auf das nächste Traktandum: Die unklare Beantwortung des Postulates führt zu einer unklaren Ausgangslage bei der Abstimmung über die Motion. Wie wirkt sich die Umsetzung aus? Wir haben Bedenken, dass es Auswirkungen auf die Qualität der Unterrichtszufriedenheit der Lehrpersonen und schlussendlich auf die Kinder hat. Wir lehnen die Überweisung der Motion ab.

Tanja Ott (FDP): Ich bin Mutter von drei Kindern, arbeite in der Nähe und habe das Glück, einen sehr flexiblen Arbeitgeber zu haben. Aber ist das bei allen so? Bei unseren

**Protokoll des Einwohnerrates****15. Juni 2022**

drei schulpflichtigen Kindern im unteren Primarschulalter waren alle Nachmittage besetzt. Ich arbeite, wie werden jetzt die Kinder betreut? Kann ich meine Arbeitszeiten anpassen, reduziert mein Mann oder ich das Pensum? Können Grosseltern oder Nachbarn einen Teil der Betreuung übernehmen oder eine Tagesmutter? Den Hort oder eine Kindertagesstätte – kann ich mir das überhaupt leisten? Egal wie die Betreuung der Kinder im Primarschulalter in Windisch aussieht: Jede Familie profitiert von der Neuregelung der Unterrichtszeiten. Es verhilft unter anderem zu mehr Familienzeit und macht die Organisation rund um den Job einfacher. Mir ist bewusst, dass die Neuregelung der Unterrichtszeiten planerische Höchstleistungen bei der Stundenplangestaltung erfordert. Wir sind es aber der Gesellschaft und der Wirtschaft schuldig diesen Fortschritt anzustreben und keinen Stillstand zu unterstützen.

Philipp Ammon (SVP): Wir haben dieses Geschäft ebenfalls sehr intensiv diskutiert. Wir verstehen das Anliegen und können es nachvollziehen. Auch wir kritisieren die Beantwortung, man könnte fast von einer unheiligen Allianz sprechen. Die Grundsätze der Stundenplangestaltung, die Merkmale eines guten Stundenplans, Vorgaben des Kantons, weitere Einflussfaktoren und die Schlussfolgerungen erläutern die Ablehnung der Forderung. Uns fehlen Informationen, was ist nötig, um das Postulat umzusetzen? Das zuständige Ressort hat es anders verstanden und einfach die Leitplanken für die Gestaltung eines Stundenplans den Einwohnerräten vermittelt. Da fehlt noch vieles. Zur Motion: Solange wir die Konsequenzen nicht kennen oder wissen, was für die Umsetzung nötig ist, unterstützen wir die Motion nicht. Das Postulat ist zur besseren Beantwortung zurückzuweisen. Diese wird uns eine Entscheidungsgrundlage für das weitere Vorgehen liefern.

Eliane Frei (Grüne): Wir haben lange diskutiert, die Fraktion ist sich nicht einig geworden. Ich spreche deshalb in meinem Namen. Die Beantwortung des Postulates hätte ausführlicher sein können. Dazu gehört die Frage, ob diese Punkte wirklich das Leben von Familien und die Vereinbarkeit verbessern. Mich irritiert speziell, dass Aussagen zu den Tagesstrukturen fehlen. Tanja Ott hat es angesprochen, man kann sich organisieren. Zumindest auf dem Papier ist es kein Problem: Es gibt einen Hort, der jede Randstunde abdeckt. Wieso will das Postulat eine externe Betreuung vermeiden? Hat man kein Vertrauen in die Kompetenz der Hortmitarbeiter oder ist der Hort zu teuer? Anstatt die Probleme der Familien bei der Vereinbarkeit zu eruieren versuchen wir die

**Protokoll des Einwohnerrates****15. Juni 2022**

Schule zu möglichst freundlichen Stundenplänen zu zwingen. In dieser Frage sind sich die Familien nicht einig. Die Ablehnung der Motion ist für mich klar und ich bin gespannt auf die Beantwortung der Kleinen Anfrage zur Kindertagesstätte. Hier besteht ebenfalls Handlungsbedarf.

Nadja Sträuli (GLP): Ich schliesse mich im Namen der GLP-Fraktion dem Votum von Karin Hefti an. Um Beruf und Familie zu vereinen, sind die Unterrichtszeiten ein wichtiges Thema. Die Nachmittage stehen quer in der Landschaft, unsere Arbeitszeiten enden nicht um 12.00 Uhr. Wir arbeiten meistens acht Stunden. Ich kann mich auch den Voten von SVP und SP anschliessen. Die Beantwortung ist lückenhaft. Es ist nicht ersichtlich, mit welcher Expertise, mit welchen Planbeispielen diese Antwort entstanden ist und wie die Machbarkeit geprüft wurde. Was mich sehr irritiert, in meinem Arbeitsgebiet arbeiten sehr viele Teilzeit, weshalb die Teilzeitarbeit der Lehrkräfte Blockzeiten am Nachmittag verunmöglicht. Mit einem Teilzeitpensum kann man auch nur am Nachmittag arbeiten.

Luzia Capanni (SP): Die Schule ist nicht verantwortlich für die Kinderbetreuung während unserer Arbeitszeiten. Das darf von der Schule nicht erwartet werden. Die Schule kann Unterrichtszeiten favorisieren, welche Beruf und Kinderbetreuung fördern. Diesen ersten Schritt können wir gehen. Wir sind heute einen Schritt weiter. Bei uns gab es am Morgen noch keine Blockzeiten in der Primarschule. Manchmal hatte man am Morgen frei oder musste erst etwas später zur Schule, heute haben wir am Morgen Blockzeiten. Mir ist wichtig, dass man dieses Thema ernst nimmt. Es ist ein Bedürfnis der Eltern, einen Schritt weiterzukommen. Es gibt genügend Beispiele anderer Schulen, wo ab 13.30 Uhr zwei Stunden Unterricht stattfindet, sogar an mehreren Nachmittagen, sodass ein Nachmittag frei ist. Mir ist die Prüfung solcher Themen wichtig und ich erwarte dazu eine Antwort vom Gemeinderat.

Bruno Kaufmann (FDP): Meine zwei Kinder sind schon älter, meine Frau musste das jeweils mit den Kindern organisieren. Mehrfach waren die Stundenpläne vor den Sommerferien für das neue Schuljahr noch nicht vorhanden. Nicht ganz einfach für die Planung. Ist eine kurzfristige Planung ohne Stundenpläne mit der Krippe möglich? Die Motion fordert nicht viel, bringt jedoch einen grossen Nutzen. Die Schule und die Eltern müssen einen gewissen Aufwand betreiben.

**Protokoll des Einwohnerrates****15. Juni 2022**

Eliane Fischer (Grüne): Hier ist die Stimme aus unserer Fraktion, welche die Rückweisung unterstützt. Die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss vorwärts gehen. Die Beantwortung macht auch mich nicht glücklich. Es wird die komplexe Stundenplanung erläutert, aber es wird nicht nachvollziehbar aufgezeigt, weshalb die einheitlichen Unterrichtszeiten am Nachmittag nicht möglich sind. Zur Möglichkeit von Zeitprofilen habe ich in der Beantwortung nichts gefunden. Ich unterstütze deshalb die Rückweisung.

Karin Hefti (FDP): Ein Postulat hat keine rechtsverbindliche Wirkung. Eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie kann mit der Überweisung der Motion unterstützt werden. Der Gemeinderat wird verpflichtet, dem Einwohnerrat eine Vorlage zu unterbreiten und den Zeitplan der Optimierung der Stundenpläne in der Primarschule aufzuzeigen. Die Anliegen der Motion können gestaffelt umgesetzt werden. Warum nicht mit einem einheitlichen Nachmittagsbeginn um 13.30 Uhr starten?

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Wir behandeln das Postulat und nicht die Motion.

Isabelle Bechtel, Gemeinderätin (Grüne): Ich muss etwas ausholen. Die grossen, in den letzten Jahren durch die Schule zu bewältigenden Herausforderungen werden noch längere Zeit anhalten. Die Umstellung auf den neuen Aargauer Lehrplan hat mit dem Schuljahr 2021/2022 gestartet und noch lange nicht abgeschlossen. Es sind weitere Voraussetzungen notwendig, damit der Unterricht gemäss Lehrplan 21 erteilt werden kann. Die Lehrpersonen, die Schulleitung und alle Beteiligten der Schule müssen sehr viel Zeit und Energie investieren. Oft fehlen die räumlichen Voraussetzungen oder das benötigte Material muss zuerst beantragt werden. Dies erfordert Zeit, welche mit Improvisationen überbrückt werden muss, es ist aufwendig.

Die letzten zwei Jahre hat uns Covid-19 beschäftigt. Die Schulen waren stark betroffen und mussten sich immer wieder auf neue Gegebenheiten und neue Vorschriften einstellen, teilweise wöchentlich. Mit Ausnahme des Lockdowns war die Regelschule oft die einzige Institution, welche noch analog funktioniert hat. Es mussten Reihentests durchgeführt werden. Die Schule musste sich organisieren, mit kantonalen Stellen absprechen, weil vieles nicht funktioniert hat, da alle überlastet waren. Der Aufwand war

**Protokoll des Einwohnerrates****15. Juni 2022**

gross, und dies neben dem normalen Berufsauftrag. Die Lehrpersonen mussten anwesend und um die Kinder sein. Kinder zählten zu den grossen Übertragenden, die Lehrpersonen waren ständig einer Ansteckungsgefahr ausgesetzt. Bei verschiedenen Personen hat dies zu starken psychischen Belastungen geführt.

Kaum ist in Sachen Covid etwas Ruhe eingeekehrt, kam der Ukraine-Krieg. Und wieder wird die Schule massiv gefordert, sie musste sich mit der sofortigen Beschulung der Flüchtlingskinder auseinandersetzen. Der Kanton spricht die finanziellen Mittel, aber er stellt keine Lehrpersonen und keine räumlichen Ressourcen zur Verfügung. Die Schule war somit gefordert, aus dem Nichts etwas ganz Neues zu organisieren. In Windisch haben wir aktuell 21 Kinder, welche teilweise in der Regelschule integriert sind, teilweise sind sie in der Lernoase, die aktuelle Übergangslösung. Die Regelklassen sind voll, hier stehen wir teilweise bereits an. Es ist nicht möglich, diese mit weiteren Kindern aufzustocken, welche aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse mehr Betreuung brauchen. Lösungen müssen gesucht werden.

Zur Gesamtsituation: Der akute Lehrpersonen- und Fachkräftemangel war seit Jahren absehbar. Die kantonale und nationale Politik hat nichts oder zu wenig dagegen unternommen. Der Kanton Zürich hat reagiert, Leute ohne pädagogische Ausbildung oder Erfahrung im Schulwesen können für ein Jahr befristet angestellt werden. Sie und ich können morgen in der Schule unterrichten. Diese Lösung ist nicht schlecht, führt aber zur Frage, wollen wir das und wie sieht die Lösung in Zukunft aus? Die Situation wird sich in den nächsten Jahren nicht verändern. Der Kanton Aargau hat immerhin eine Taskforce mit dem Auftrag eingesetzt, wie im neuen Schuljahr mit den vielen unbesetzten Stellen umgegangen werden soll. Welche kurzfristigen Lösungen sind möglich, damit alle schulpflichtigen Kinder beschult werden können? Die Anforderungen an die Lehrpersonen und Fachkräfte werden immer grösser, die Ressourcen hingegen sinken ständig. Der Kanton Aargau unterstützt und erwartet eine integrative Schule. Immer mehr Kinder mit ausgewiesenem Sonderschulbedarf werden in der Regelschule unterrichtet. Die Ressourcen sind jedoch nicht darauf ausgerichtet. Der Berufsauftrag wird immer komplexer, neue Fähigkeiten sind gefordert, beispielsweise im Umgang mit der Digitalisierung. Neue Fächer im Lehrplan 21 erfordern den Erwerb neuer Kompetenzen durch die Lehrpersonen. Dies alles findet neben dem normalen Berufsauftrag statt. Die Ansprüche von Seiten der Eltern steigen. Die Elternbetreuung, die Elternarbeit, nimmt im Berufsleben einer Lehrperson und von Schulleitungen immer mehr Platz ein.

**Protokoll des Einwohnerrates****15. Juni 2022**

Nochmals zur Sonderschule: Die Sonderschulplätze sind sehr knapp. Wir sind gezwungen, Kinder mit Sonderschulbedarf in der Regelschule zu integrieren. Der Kanton Aargau plant einen weiteren Abbau der Sonderschulplätze. Die Regelschule ist nicht darauf ausgelegt, Kinder mit einem nachgewiesenen Sonderschulbedarf zu betreuen. Die Fachkräfte haben weder die Ausbildung, noch haben sie die geeigneten Räumlichkeiten. Eine HPS ist räumlich diesbezüglich anders aufgestellt. Die Fachkräfte und Lehrpersonen sind ständig überlastet, was zu vielen Burnouts führt. Dies ist auch bei uns laufend der Fall, sowohl bei Lehrpersonen, wie bei Schulleitungen.

Ein konkretes Beispiel: Im Schuljahr 2022/23 werden neu vier Kinder mit Autismus-Spektrums-Störungen eingeschult. Zwei davon haben einen ausgewiesenen Sonderschulbedarf, die anderen beiden sind noch nicht definitiv abgeklärt. Zwei Kinder haben einen grossen Entwicklungsrückstand und einem Kind fehlt die Emotionskontrolle. Die Lehrpersonen müssen diese Kinder nebst dem normalen Unterricht betreuen und unterrichten.

Die Anforderungen an die Schule sind riesig. Ich verstehe die Erwartung, dass die Schule einen Teil zur Vereinbarung von Beruf und Familie übernehmen soll. Ich bitte nicht nur Forderungen zu stellen, sondern der Schule Sorge zu tragen, damit das auf wackligen Beinen stehende Bildungssystem nicht auf einmal zusammenfällt. Auf unser Bildungssystem, das Fundament der Gesellschaft, dürfen wir stolz sein. Wir müssen diesem jedoch Sorge tragen und die Schule und die Bildung unterstützen. Es klingt etwas pathetisch, es ist so, wenn man so nahe an der Schule ist und die bestehenden Missstände täglich vor Augen hat. Es ist nicht einfach für eine Schule, sich mit all diesen Anforderungen zu arrangieren und Lösungen zu finden, die allen gerecht werden. Ich habe einen Vorschlag: Ich bitte die Motion nicht zu überweisen. Die Schule wird eine Arbeitsgruppe bilden, welche zwei Varianten ausarbeitet. Diese legen wir im Frühling vor. Eine Variante wird aufzeigen, wie mit den bestehenden Ressourcen die Forderungen des Postulates, der Motion umgesetzt werden können. Die zweite Variante soll aufzeigen, was mit zusätzlichen Ressourcen möglich wäre. Monica Treichler wird sich noch zur Stundenplanung äussern, mit der sie als Schulleiterin täglich oder mindestens einmal im Jahr sehr intensiv konfrontiert ist.

Monica Treichler, Vizepräsidentin (SP): Ich weiss nicht, ob Lehrpersonen oder Schulleitende unter uns sind. Weshalb sind Blockzeiten am Nachmittag nicht umsetzbar? Ich

**Protokoll des Einwohnerrates****15. Juni 2022**

zeige es am Beispiel einer Lehrperson auf, welche eine 1./2. Klasse im Vollpensum unterrichtet. Dieses umfasst 28 Lektionen. Unterrichtet die Lehrperson diese 28 Lektionen in der eigenen Klasse, erteilt sie jeweils am Morgen 4 Lektionen in Blockzeiten Unterricht. Dies gibt 20 Lektionen. Die Klassenlehrerfunktion wird mit einer Lektion angerechnet. Die verbleibenden 7 Lektionen müssen an den Nachmittagen erteilt werden. Die 1. und 2. Klässler haben jedoch nur 24 Lektionen Schule. Das bestehende Mehrpensum der Lehrperson wird deshalb in den Halbklassenunterricht investiert. Isabelle Bechtel hat die grossen Herausforderungen innerhalb der Klassen angesprochen. Der Halbklassenunterricht ist für die individuelle Förderung der Kinder wichtig. Zurück zur Frage, wie können diese 7 Lektionen am Nachmittag untergebracht werden? Die Klasse wird an zwei Nachmittagen in der Halbklassse unterrichtet. Eine Hälfte beispielweise am Montag mit 2 Lektionen, die andere Hälfte am Dienstag. Es verbleiben noch 3 Lektionen. Was mache ich mit diesen 3 Lektionen? Es wäre möglich, diese Lehrperson noch in einer anderen Klasse einzusetzen, was bei der Lehrperson auf keine Begeisterung stossen wird. Oder am dritten Nachmittag besucht die Hälfte der Kinder von 13.30 - 14.15 Uhr die Schule, dann eine Lektion mit der ganzen Klasse und im Anschluss wird die andere Hälfte von 15.00 - 16.00 Uhr unterrichtet. So wird das Vollpensum einer Lehrperson an einer 1./2. Klasse gewährleistet. Ich hoffe dieses Beispiel zeigt auf, dass es nicht einfach ist, am Montag und Donnerstag zwei Lektionen für alle Kinder anzubieten. Ich verstehe das Anliegen, ich war selbst alleinerziehende Mutter und musste für drei Kinder sorgen und gleichzeitig arbeiten. Ich habe meine Kinder grossgezogen, als es noch keine Blockzeiten ab. Das erste ging um 08.00 Uhr, der zweite um 09.00 Uhr und der dritte ist um 10.00 Uhr wieder nach Hause gekommen. Wir haben immerhin inzwischen am Morgen Blockzeiten.

Karin Hefti (FDP): Ich stehe dem Vorschlag von Isabelle Bechtel offen gegenüber. Meine Frage an den Gemeinderat: Liegt bis zur Januar-Sitzung ein Zwischenbericht zur Beantwortung des Postulates vor? Das Anliegen der Motion wird in der Stadt Zürich mit den Zeitprofilen A und B erfolgreich umgesetzt. Dies muss im Zwischenbericht ebenfalls als Variante aufgeführt werden. Dies gäbe eine grössere Klarheit zum Wohle der Kinder und Familien.

**Protokoll des Einwohnerrates****15. Juni 2022**

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Der Gemeinderat kann einen Zwischenbericht bis im Januar 2023 vorlegen, ob ihn das Büro auf die Januarsitzung traktandiert ist eine andere Frage.

Isabelle Bechtel, Gemeinderätin (FDP): Wir werden diesen Zwischenbericht erstellen. In der Januar-Sitzung wird nur das Dohlenzelg-Schulhaus traktandiert, deshalb mein Vorschlag auf den Frühling. Eine Umsetzung auf das Schuljahr 2023/2024 erachte ich als sinnvoll.

Philipp Ammon (SVP): Ich habe in der letzten Viertelstunde gelernt, dass Lehrpersonen einen sehr abwechslungsreichen Beruf haben. Viele andere schlagen sich mit den gleichen Problemen herum. Die Ausführungen waren sehr ausschweifend, einen Bezug zur Beantwortung gab es nicht. Ich bitte das Postulat nicht abzuschreiben. Es ist uns aufzuzeigen, weshalb eine Umsetzung nicht möglich ist und was es für eine Umsetzung braucht.

Fabian Schütz (SVP): Ich schätze das Votum von Monica Treichler sehr. Es ist wichtig, dass man die tatsächliche Umsetzbarkeit prüft. All diese Inputs fehlen in der Beantwortung des Postulats und ich verstehe nicht, weshalb diese Informationen in der Botschaft fehlen. Das Postulat ist nicht abzuschreiben. Persönlich unterstütze ich die Motion von Karin Hefti.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 31 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Das Postulat „Neuregelung der Unterrichtszeiten in der Primarschule am Nachmittag“ vom 26. August 2020 wird nicht abgeschrieben.

**8 Motion FDP-Fraktion «Neuregelung der Unterrichtszeiten am Nachmittag»;  
Überweisung**

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Nach der ausführlichen Diskussion bitte ich, die Diskussion bei diesem Thema kurz zu halten. Die Differenz ist die Verbindlichkeit. Bei einer Überweisung muss der Gemeinderat nicht nur einen Bericht erarbeiten, sondern einen Sachantrag stellen. Die Diskussion ist darauf zu beschränken.

Karin Hefti (FDP): Ich will die Garantie, dass bei einem Rückzug der Motion bis im Januar eine detaillierte Beantwortung des Postulats bzw. der Motion vorliegt. In der Beantwortung wird aufgezeigt, wie das Modell der Stadt Zürich mit den Zeitprofilen als Variante möglich wäre. Wenn ich eine verbindliche Zusicherung des Gemeinderates erhalte, ziehe ich meine Motion zurück.

Isabelle Bechtel, Gemeinderätin (FDP): Ja.

Karin Hefti (FDP): Wir ziehen die Motion zurück.

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Die Motion wurde zurückgezogen, das Traktandum ist somit abgeschlossen.

**9 Motion Fraktionen SP, Grüne, GLP «Windisch 2040 treibhausgas-neutral»;  
Überweisung**

Luzia Capanni (SP): Die Schweiz hat sich 2019 dem weltweiten Ziel angeschlossen, bis 2050 Netto-Null Treibhausgase auszustossen. Das Klimaziel stellt sicher, dass die Schweiz ihren Beitrag zur Begrenzung der weltweiten Klimaerwärmung auf unter 1.5 Grad leistet. Damit die Schweiz dieses Ziel erreicht, muss im Kleinen, sprich bei den Gemeinden angefangen werden. Viele Gemeinden setzen sich zurzeit Klimaziele, planen diese oder setzen sie bereits um: Kleine Gemeinden wie Ittingen bei Bern, mittel-grosse wie Aarau oder grosse Städte wie Winterthur oder Zürich. Die Windischer Bevölkerung hat 2020 das Energiesgesetz mit 61.8 % angenommen und 2021 das CO2-Gesetz mit 60.8 %. Im letzten Herbst wurde ein klares Zeichen gesetzt und eine Links-

**Protokoll des Einwohnerrates****15. Juni 2022**

Grüne-Mehrheit in den Gemeinderat gewählt. Im Einwohnerrat haben die SP, die Grünen und die Grünliberale Partei, welche sich explizit für den Klimaschutz einsetzen, die Hälfte der Sitze. Mit der Motion „Windisch 2040 treibhausgas-neutral“ wollen die drei Parteien Verantwortung übernehmen. Die weitere Entwicklung von Windisch soll sozial und ökologisch sein. Das Label „Energistadt“ soll mit neuem Leben gefüllt werden und den heutigen Umwelterfordernissen gerecht werden. Die Motion verlangt vom Gemeinderat bis Ende 2023 ein Konzept, wie Windisch bis 2040 Netto kein Treibhausgas mehr in die Atmosphäre abgibt. Warum bis 2040 und nicht bis 2050? Windisch soll Verantwortung übernehmen und die Sorgen der Bevölkerung ernst nehmen. Als Gemeinde im Wasserschloss ist Windisch von den zunehmenden Starkregenereignissen, als Folge des Klimawandels, betroffen. Überschwemmungen finden vor unserer Haustüre statt. Wird das Klimaziel Netto-Null bereits 2040 erreicht, haben wir eine aktive Vorreiterrolle. Bis 2050 haben wir das Ziel ohnehin erreicht.

Die Motion verlangt, dass der Gemeinderat für die Ausarbeitung des Konzeptes die lokale Bevölkerung und die lokalen Fachgremien einbezieht. Die Grundlage für die Realisierung des Konzeptes in den kommenden 15 Jahren soll in einem breiten Konsens und mit breiter Abstützung erfolgen. Der vom Bundesamt für Umwelt kürzlich erstellte Wegweiser für Gemeinden kann als Unterstützung dienen. Geschätzte Mitglieder des Einwohnerrates, die Motionärinnen wollen, dass alle bei der Erarbeitung des Konzeptes mitarbeiten können. Über den Bericht und Antrag des Gemeinderates kann der Einwohnerrat wiederum befinden. Lassen wir die Bevölkerung nicht im Regen oder besser im Trocknen stehen und machen wir endlich vorwärts. Wir bitten die Motion zu unterstützen und den Gemeinderat mit der Erarbeitung eines Klimakonzeptes zu beauftragen.

Monica Treichler, Vizepräsidentin (SP): Der Gemeinderat dankt den Motionärinnen für die Eingabe der Motion. Im Rahmen einer Klausur anfangs April hat der Gemeinderat eine Vision 2032 erarbeitet. Ein Ziel lautet: „Windisch ist auf dem Weg zur CO<sub>2</sub>-Neutralität 2040“. Der Gemeinderat steht deshalb der Motion positiv gegenüber. Für die Erarbeitung eines umfassenden, strategischen Klimakonzeptes benötigen wir personelle und finanzielle Ressourcen. Die personellen Ressourcen in der Verwaltung sind, wie bereits angesprochen, sehr knapp. Für den Einkauf von Leistungen braucht es einen entsprechenden Betrag im Budget. Der Gemeinderat bittet deshalb, die Frist für die Erstellung des Klimakonzeptes um ein Jahr, auf Ende 2024, zu verlängern. Erste Massnahmen sollen für 2025 geplant werden. Der Gemeinderat will im Bereich Klimaschutz bis

**Protokoll des Einwohnerrates****15. Juni 2022**

dahin nicht untätig bleiben. Die Abteilung Planung und Bau hat sich beispielsweise selber zum Ziel gesetzt, bei Gestaltungsplänen ein separates Kapitel zum Thema Klima zu verfassen. Der Entwicklung von Freiräumen von hoher ökologischer Qualität soll besondere Beachtung geschenkt werden. Der Ersatz von Öl- und Gasheizungen soll gezielt gefördert, bei bestehenden Bauten die Möglichkeit von Wärmeverbunden geprüft werden. Speziell bei gemeindeeigenen Bauvorhaben, sei es beim Neubau Schulhaus Dohlenzelg oder Werkhof, will der Gemeinderat bei der Klimaverträglichkeit eine Vorbildfunktion wahrnehmen. Auf dem Dach des Schulhauses Dohlenzelg wird beispielsweise eine Photovoltaik-Anlage installiert, wie dies kürzlich auf dem Dach der Turnhalle Chapf realisiert wurde. Grosse Dachflächen sollen begrünt werden und Insekten einen Lebensraum geben. Daneben tragen diese Dächer zur Verbesserung des Ortsklimas bei, indem sie kühlend wirken. Ein solches Projekt wird in den nächsten Monaten auf dem Dach der Heilpädagogischen Schule umgesetzt. Der Gemeinderat empfiehlt dem Einwohnerrat die Motion „Windisch 2040 treibhausgas-neutral“ mit folgender Änderung zu überweisen: Das strategische Klimakonzept soll bis 2024 erarbeitet werden. Erste Massnahmen sollen für das Jahr 2025 geplant werden.

Fabian Schütz (SVP): Warum empfiehlt die SVP-Fraktion diese Motion zur Ablehnung? Diese verlangt ein Klimakonzept für Windisch. Die SVP-Fraktion erachtet ein Klimakonzept für eine Gemeinde nicht als nötig, aber auch nicht als falsch, wenn es richtig aufgeleitet wird. Dies ist bei dieser Motion nicht der Fall. Berater reiben sich bereits die Hände, da die Motion verlangt, dass das Konzept mit externen Stellen erarbeitet wird. Zehntausende Franken an Honoraren kommen da auf uns zu. Dies alles für ein Papier, das uns aufzeigt, was wir ohnehin bereits umsetzen oder bereits in Planung ist. Gemeinderat und Verwaltung wissen, was zu tun ist, ich verweise auf die Ausführungen von Monika Treichler. Der Blick nach Aarau, hier liegt ein Klimakonzept vor, zeigt eindrücklich, was uns erwartet. Es wurde eine Stelle für einen Klimabeauftragten von rund 70% geschaffen. Die Einwohnergemeinde Aarau finanziert zusätzlich Fördermassnahmen für Solar- und Wärmepumpen, Gebäudeisolationen usw. Die Hausbesitzer werden zusätzlich zu den kantonalen und eidgenössischen Fördermassnahmen unterstützt. Die Kosten belaufen sich über einen Zeitraum von vier Jahren auf über 5 Mio. Franken. Diese Massnahmen sind sicher nicht nutzlos. Trotzdem müssen wir die Frage stellen, ob wir uns dies leisten können, auch wenn es nur die Hälfte des jährlich wiederkehrenden Betrages von Aarau ist. Diese Motion dient vor allem der Profilierung, anstatt dort

anzusetzen, wo wir dies als Einwohnerrat auch können. Der Finanzplan zeigt, dass viele Projekte in Planung sind, bei denen die Gemeinde massiv in die Energieeffizienz und CO<sub>2</sub>-Reduktion investiert. Eine nicht abschliessende Liste: Neubau Schulanlage Dohlenzelg; neuer Betriebsstandort Werke; Schulraumplanung Kindergarten Dorf; Sanierung Schulhaus Rütene; Sanierung Gemeindehaus; Ersatz diverser Nutzfahrzeuge Bauamt. Statt mit der Überweisung personelle und finanzielle Ressourcen für einen Pa-piertiger und Beraterhonorare zu verpulvern, können wir diese Ressourcen für eine gute und nachhaltige Umsetzung der genannten Projekte einsetzen. Die SVP-Fraktion empfiehlt diese Motion zur Ablehnung.

Heiko Loretan (Die Mitte): Ich danke dem Gemeinderat für die ausführliche Antwort. Da liegt bereits eine Art Grobkonzept für die Umsetzung dieser Motion vor, ohne einen externen Berater. Die aufgelisteten Ideen kennt man und sind sinnvoll. Die SP hat da-rauf hingewiesen, dass SP, Grüne und GLP die Hälfte der Einwohnerräte stellen. Wir haben ein ambitioniertes Ziel: Klimaneutral 2040 – da brauchen wir die ganze Bevölke-rung, da brauchen wir den ganzen Einwohnerrat. Zum Beispiel die Mitte, welche da ist, um Mehrheiten zu schaffen. Wir haben uns bei der Diskussion der Motion gefragt, wo die Systemgrenze liegt. Wo ist die Grenze, wenn die Massnahmen nicht sozialverträglich sind? Wir greifen in das Privateigentum ein und setzen uns damit unter Umständen über kantonale und nationale Gesetze hinweg. Ich will keine Polemik machen, die Ge-setzgebung gibt uns den Rahmen vor und deshalb finde ich die Motion sinnvoll. Wenn wir etwas machen wollen, müssen wir es heute tun und nicht erst morgen.

Alex Heinemann (FDP): Ich freue mich, dass die ökologische Nachhaltigkeit im Einwoh-nerrat diskutiert wird. Erfreulich ist auch, dass das Thema bei öffentlichen Gebäuden berücksichtigt wird. Das Thema begleitet mich seit knapp zwei Jahren beruflich, ich ar-beite bei der Brugg Group in der Projektleitung. Wir entwickeln eine Klimastrategie, da-runter fällt auch eine Klimabilanzierung für 40 Tochterfirmen, nicht ganz einfach. Zent-rale Learnings der vergangenen Jahre waren für mich ein strukturiertes Vorgehen mit einer klaren Zieldefinition, zum angesprochenen Geltungsbereich sprich Systemgren-zen, zu haben. Vor diesem Hintergrund ein fachliches Feedback zum Motionstext. Entgegen der Motion muss als erstes der Geltungsbereich bzw. die Systemgrenzen festgelegt werden. Vor der Erstellung einer Treibhausgasbilanz muss klar sein, auf was und wen wir uns beziehen. Soll sich Windisch 2040 treibhausgas-neutral ausschliesslich

**Protokoll des Einwohnerrates****15. Juni 2022**

auf die Einwohnergemeinde und die Spezialfinanzierungen beziehen oder sollen alle Windischer Privathaushalte und Unternehmen einbezogen werden? Ich schliesse aus dem Motionstext, dass die privaten Haushalte und Unternehmen einbezogen werden. Die Gemeinde kann diesen keine Massnahmen auferlegen, dafür ist der Kanton und der Bund zuständig. Der Zuständigkeitsbereich der Gemeinde ist äusserst klein, er bezieht sich nur auf das eigene Verhalten. Von meinem beruflichen Hintergrund weiss ich, dass die Gemeinde aus technischer Sicht keine Emissionen bilanzieren kann, welche sie nicht selber verursacht. Jeder einzelne von uns oder jedes einzelne Unternehmen ist für die eigenen Emissionen verantwortlich. Werden diese in der Gemeinde bilanziert, werden sie doppelt bilanziert. Die Motion verlangt, dass der Gemeinderat das Konzept basierend auf dem Treibhausgas erstellt. Je unklarer und unspezifischer die Formulierung der Motion, desto mehr verschiedene Varianten gibt es. Die Variante mit den Haushalten müsste auch einbezogen werden, das heisst, es werden alle Haushalte bilanziert. Die entstehenden Kosten und der Aufwand lohnen sich nicht. Wir müssen den Motionstext eingrenzen. Das Thema Netto-Null und Klimaneutral wurde angesprochen. Das ist nicht dasselbe und ich glaube, dass den Motionärinnen der Unterschied nicht bewusst ist. Ich kann dies auf Wunsch im Anschluss gerne erläutern.

Die FDP-Fraktion ist überzeugt, dass sich die Gemeinde Windisch diesem wichtigen Thema stellen muss. Der Geltungsbereich soll sich jedoch auf die Einwohnergemeinde und die Spezialfinanzierungen beschränken. Darüber soll, wie bereits erwähnt, die Bevölkerung und der Einwohnerrat bestimmen. Die Motion ist in der vorliegenden Form für Privatpersonen und Unternehmen nicht anwendbar. Für diese gelten die kantonalen und eidgenössischen Regeln. Aus persönlicher Sicht sollte man nicht darüber diskutieren, ob Windisch Klimaneutral oder Netto-Null sein soll, das ist klar. Was es braucht ist eine professionelle Vorgehensweise. Ich bin bereit, die genannten Aspekte zu diskutieren und aufgrund meines beruflichen Hintergrundes zu unterstützen. Der Motion fehlt der Bezug zur Machbarkeit und ist somit eine nicht lösbare Aufgabe für den Gemeinderat. Ich bitte die Motion zurückzuziehen und mit einem entsprechend angepassten Text an der nächsten Sitzung nochmals einzureichen, damit wir Windisch 2040 treibhausgas-neutral oder Netto-Null realistisch und erfolgreich angehen und vorwärts machen können.

**Protokoll des Einwohnerrates****15. Juni 2022**

Stefan Fehlmann (EVP): Alex Heinemann hat Recht, Windisch kann das Klima nicht retten. Für mich stellt sich die Frage, was war zuerst, das Huhn oder das Ei? Trotz der beschränkten Möglichkeiten der Gemeinde befürworte ich die Motion. Es geht um ein Zeichen, die konkrete Umsetzung wird sich zeigen. Die Stadt Zürich hat 2008 die 2000-Watt-Gesellschaft bis 2050 angenommen. Zusätzlich im Mai 2022, Netto-Null bis 2040 für die ganze Stadt – nicht nur für die Verwaltung. Für diese gilt 2035. Ich will Windisch nicht mit Zürich vergleichen, aber dieses Beispiel kenne ich am besten. Aarau wurde bereits erwähnt und ist in diesem Bereich seit 2012 ziemlich forsch unterwegs und hat es in der Gemeindeordnung verankert. In Zürich hat man mittlerweile gemerkt, dass die Ziele nicht einfach zu erreichen sind und es die Stadt nicht alleine in der Hand hat. Trotzdem geht man vorwärts. Ich glaube es wäre gut, ein Zeichen zu setzen im Wissen, dass die Umsetzung nicht einfach ist. Es wird weder günstiger noch einfacher, wenn wir das Thema als Gesellschaft oder Gemeinschaft weiter vor uns herschieben. Ich stimme für die Überweisung, in der Hoffnung, dass eine Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden, Kanton und Bund die Umsetzung der Energiestrategie 2050, welcher wir 2017 zugestimmt haben, beschleunigen kann. Es braucht alle auf allen Ebenen. Es auf die anderen abzuschieben, ist keine Lösung. Eigenverantwortung, das Lieblingswort der FDP, ist gefragt, aber nicht nur. Die Zeit drängt, machen wir etwas.

Matthias Zehnder (Grüne): Eine Reaktion auf das Votum von Alex Heinemann zu „Abgrenzung/Systemgrenzen“. Wir wollen alle Akteure von Windisch miteinbeziehen und sie an der CO<sub>2</sub>-Reduktion beteiligen. Der Durchschnitt der Treibhausgas-Emissionen der öffentlichen Hand ist nur ca. 15 %. Alle müssen mithelfen, deshalb braucht es auch Private und Unternehmen. Die Gemeinde kann nicht nichts machen, weil alles vom Bund und Kantonen vorgeschrieben ist. Wir haben Handlungsspielraum und können Massnahmen und Rahmenbedingungen beschliessen, welche auch für Unternehmen und Private gelten. Das haben wir bei der BNO, NLEK, KGV, bei EW-Tarifen, Abfallgebühren usw. Wir können Rahmenbedingungen für eine positive Klimaentwicklung ermöglichen. Für die Bilanzierung der Haushalte und der Unternehmen gibt es Analysetools und Modelle, welche die wesentlichen Faktoren berücksichtigen. Es geht um die beeinflussbaren grossen Faktoren. Ein grosses Problem ist die zugekaufte graue Energie, diese muss reduziert werden. Mit Informationskampagnen oder einer Reparaturwerkstatt kann einiges erreicht werden. Zu den hohen Kosten einer Bilanzierung: Ich

**Protokoll des Einwohnerrates****15. Juni 2022**

habe gehört, dass die Fachhochschule die Bilanzierung für die Gemeinde Hausen am Albis für CHF 1'000.00 mit Studierenden gemacht hat. Es gibt somit auch günstigere Varianten. Die Reduktion der Treibhausgas-Emissionen müssen wir mit den Unternehmen und den Haushalten erreichen. Dies ist nur möglich, wenn die Bevölkerung und die Unternehmen einbezogen und gemeinsam Ideen für Massnahmen gesucht werden. Vielleicht lassen sich neue Verbündete finden, allenfalls wird irgendwo ein Blockheizkraftwerk oder eine Pyrolyseanlage oder etwas realisiert, womit wir einen wesentlichen Schritt weiterkommen. Der Wegweiser des BAFU enthält viele Schritte, Ziele und Massnahmen für die Gemeinden. Es werden nicht viele Berater gebraucht, es braucht vielleicht einen Beauftragten der Gemeinde. Das sind Hundertausende von Franken und nicht Millionen von Franken.

Fazit: Es geht nicht nur um Massnahmen, welche uns einschränken, sondern es geht um Rahmenbedingungen, welche klimapositives Handeln ermöglichen und fördern. Diese bieten zukunftsgerichtete Möglichkeiten für Private und Unternehmen – also auch Geschäftsmodelle. Die Gemeinde erhält mit der Motion den Auftrag, die Bevölkerung und die Unternehmen auf den bevorstehenden unausweichlichen Wandel vorzubereiten, sie hat auch eine Vorbildfunktion.

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Ich erinnere aufgrund der fortgeschrittenen Zeit an den Diskussionsinhalt. Wir diskutieren, ob der Gemeinderat beauftragt werden soll, ein Klimakonzept zu erarbeiten. Wir diskutieren nicht darüber, ob das Konzept eine Menge kostet. Diese Diskussion wird erst bei Vorlage des Konzeptes mit Antrag geführt. Inhalt der Diskussion ist auch nicht, was in diesem Konzept stehen könnte, sollte oder dürfte. Dies meine Anmerkung, allenfalls müssen wir die heutige Sitzung verlängern.

Nadja Sträuli (GLP): Ziel ist, dass wir strukturiert prüfen, welche Massnahmen notwendig sind, um das uns allen bekannte Problem anzugehen. Dies ist der Inhalt der Motion. In einem Konzept sollen die Rahmenbedingungen festgelegt werden, damit jeder der will und kann, die Möglichkeit hat, niederschwellig seinen CO<sub>2</sub>-Ausstoss zu reduzieren.

Heiko Loretan (Die Mitte): Eine Bilanzierung der gemeindeeigenen Werke, ohne Private und Haushalte, so wie es Alex Heinemann empfiehlt, macht keinen Sinn. Wir haben

**Protokoll des Einwohnerrates****15. Juni 2022**

eine Emissionsbilanz für Ammoniak-Emissionen/Ammoniak-Überdüngung/Biodiversität erarbeitet und haben festgestellt, dass logischerweise 92 % des Ammoniak aus der Landwirtschaft kommt und nicht aus der Industrie. Ich muss wissen, von wo die Mehrheit der CO<sub>2</sub>-Emissionen kommt oder auch Methan, egal welches von den Klimagasen, damit ich weiss, wo ich reagieren muss und wo nicht. Zeigt sich, dass der Nutzen verhältnismässig klein ist, sind auch keine Massnahmen anzuordnen. Dies ist eine Kosten-Nutzen-Überlegung.

Novica Vidic (SVP): Wir diskutieren über die Motion, nichts desto trotz muss diskutiert werden, was beinhaltet der Auftrag für die Erarbeitung eines Konzeptes? Beim Campussaal hatten wir bereits das Thema, was sind Wunschvorstellungen, was ist die Realität? Wenn ich mich nicht täusche, hat Fredy Bolt angeregt, ein bisschen mehr auf die Realität zu setzen. Das Gleiche gilt hier. Ich bin sicher, mehr erneuerbare Energien wären allgemein gut. Viele Konflikte auf der Welt wären wahrscheinlich gar nicht eingetreten. Prominentes Beispiel, die Invasion auf Irak. Fabian Schütz hat bereits erwähnt, es geht um Profilierung, man will sich auf die Schulter klopfen und sagen, wir haben etwas gemacht. Gegenüber von wem genau möchten wir ein Zeichen setzen? Liegt ist in der Kompetenz der Gemeinde ein solches Konzept zu erstellen? Wir haben dies bereits bei der Flüchtlingsthematik gesehen, dass die Gemeinden begonnen haben, selber Flüchtlinge aufzunehmen. Machen wir doch weiter so und entscheiden auch die Luftraumüberwachung durch Windisch zu übernehmen.

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Ich bitte auf den Punkt zu kommen.

Novica Vidic (SVP): Es ist wichtig zu verstehen, wie absurd gewisse Forderungen sind. Ein Beispiel: Wieso ist es absurd ein Zeichen zu setzen, vor allem wenn man weiss, welche Kosten entstehen und das Ziel des Klimaschutzes trotzdem nicht erreicht wird? Wenn man liest „Juli 2020, 1077 Kohlekraftwerke in China und es sind mehr als 200 weitere geplant“ heisst dies, auf das Klima kann Windisch keinen Einfluss nehmen. Deshalb: Ein Zeichen setzen gegenüber wem? Ein Konzept auf Stufe Gemeinde erarbeiten, welches ausser Kosten nichts bringt. Vision ja, wir sind auf dem Weg zur Klimaneutralität, aber diese wird von technischen Innovationen angetrieben – wir werden noch dazu kommen – und nicht durch Vorgaben der Gemeinde.

**Protokoll des Einwohnerrates****15. Juni 2022**

Martin Gautschi (FDP): Matthias Zehnder ist nicht auf dem richtigen Weg. Mit einem Konzept kann kein Hauseigentümer oder Individualbenutzer beeinflusst werden. Es ist nicht möglich, dass Windisch die einschlägigen CO2-Gesetze und kantonalen Energiesetze übersteuert. Es ist zum Vornherein eine Totgeburt. Zu glauben, man könne den Bürger eindämmen oder ihm Vorgaben machen, das ist rechtlich völlig falsch.

Luzia Capanni (SP): Ich stelle Antrag auf Abbruch der Diskussion. Die Motionärinnen akzeptieren den Vorschlag des Gemeinderates, das Jahr auf 2024 anzupassen.

Offene Abstimmung über Abbruch Diskussion

Der Einwohnerrat fasst mit 28 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Diskussion wird abgebrochen.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 23 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Motion „Windisch 2040 treibhausgas-neutral!“ wird überwiesen und der Gemeinderat beauftragt, bis Ende 2024 ein strategisches Klimakonzept für Windisch erarbeiten zu lassen und dem Einwohnerrat zur zustimmendem Kenntnisnahme vorzulegen. Ziel ist, dass Windisch im Jahr 2040 treibhausgas-neutral ist.

**10 Motion Fraktionen Grüne und SP „Quartierentwicklungsplanung“; Überweisung**

Thomas Wernli (SP): Bereits im Vorfeld der Sitzung hat sich gezeigt, der Inhalt wird unterschiedlich interpretiert. Ich versuche unser Anliegen zu erläutern. Im Rahmen der BNO sind verschiedene Planungsinstrumente mit folgenden Zielen und Strategien entstanden: Das RELB von 2015 ist ein übergeordnetes Planungsinstrument und definiert

**Protokoll des Einwohnerrates****15. Juni 2022**

verschiedene Massnahmen für die Bereiche Siedlung, Verkehr und Landschaft. Im kommunalen Gesamtplan Verkehr KGV von 2017 sind die Ziele der Verkehrsentwicklung in allen Aspekten der Mobilität festgelegt worden. Ein Beispiel aus der Strategie: Es sind Verkehrsberuhigungsmassnahmen Tempo 30 um die Begegnungszonen/Begegnungsorte zu planen. Zum Beispiel die Dohlenzelgstrasse und die Dorfstrasse, dies wurde auch in einem Plan dargestellt. Bei der Erneuerung der Dorfstrasse war nichts von Begegnungszonen und Begegnungsorten zu merken. Im dritten Planungsinstrument, dem NLEK, von 2018 sind für den Bereich Landschaft in einem Umsetzungskonzept konkrete Massnahmen zur Erreichung der strategischen Ziele und Visionen definiert für die Umwelt. Ergänzend zum RELB sind Freiräume in den Quartierzentren definiert, welche auf Parzellen-Ebene konkretisiert werden sollen. Beispielsweise im Unterdorf. Ergänzend zum RELB sind auch Freiräume mit Verbesserungspotential definiert. Alle im NLEK enthaltenen strategischen Ziele, ein spannendes Planungsinstrument, sind in einem Massnahmenkatalog zusammengefasst. Hier ein kurzer Auszug: Die Aufwertung des Ortskerns Windisch und des Quartierzentrums Reutenen. Beide sind als mittelfristiges Ziel definiert – da stehen immer die Zielvereinbarungen dahinter. Neuanlage Büntenareal wie Gartennutzung im Gebiet Winkel ist ein mittelfristiges Ziel. Die Aufwertung des Büntenareals Sommerau, Chilefeld, Rütene ist ein kurzfristiges Ziel. Wie das Beispiel Dorfstrasse zeigt, gehen die Planungsinstrumente manchmal vergessen. Deshalb die Motion, welche den Gemeinderat beauftragt mit einer Quartierentwicklungsplanung die Strategien, Ziele und Massnahmen aus diesen Planungsinstrumenten zu planen und zur Umsetzung zu bringen. Der Fokus soll speziell auf die definierten Quartierzentren mit Begegnungsorten gelegt werden. Bestehende Freiräume, Plätze, Gebäude in den Quartierzentren sollen erhalten, optimiert, weiterentwickelt werden. Die Quartierzentren müssen nicht fertig geplant werden, die Orte können der Kreativität der Quartierbewohnenden eine Plattform geben. Die Idee ist, dass die Quartierbewohnenden die geschaffenen Räume aktiv beleben. Denkbar ist auch die Zwischennutzung von brachliegenden Immobilien oder Aussenräumen. Beispiele gibt es mit dem Diesellokal und dem Dieselplatz im Unterdorf, welcher durch die Initiative der Bewohner im Quartier Unterdorf und einem grosszügigen Grundbesitzer zustande gekommen sind. Aber nicht alle Quartiere haben solche Voraussetzungen.

**Protokoll des Einwohnerrates****15. Juni 2022**

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): Der Gemeinderat soll beauftragt werden, eine Quartierentwicklung in allen Quartieren aktiv anzugehen und für alle Quartiere ein Entwicklungsthema auszuarbeiten. Eine Quartierentwicklung kann auf verschiedenen Ebenen angegangen werden. Wie durch die Motion und Thomas Wernli richtig erwähnt wurde, ist bereits vieles im RELB, NLEK und im KGV angetönt, geregelt oder die Möglichkeit geschaffen, sich einzubringen. Der Quartierentwicklung kann ein raumplanerischer Ansatz zugrunde liegen, wie sich ein Quartier in den nächsten 10 - 15 Jahren weiterentwickeln soll. Wir sprechen von einem kleinen kommunalen Teilrichtplan. Zur Quartierentwicklung gehört auch der sozialräumliche Ansatz. Dazu gehören Themen wie gesellschaftliche Integration, die Teilnahme steht im Fokus. Die Verbesserung des Informationsflusses in den Quartieren kann ein Ziel sein. Die Politik und die Verwaltung sind eingebunden, das zivilgesellschaftliche Engagement zu fördern.

Wir vermissen in der Motion die Abgrenzung. Im RELB sind bereits Handlungsfelder, Entwicklungsabsichten definiert. Im KGV ist die Gestaltung von Strassen beschrieben. Im NLEK werden bestehende Freiräume im Siedlungsgebiet nach Qualitäten und Defiziten analysiert und Handlungsfelder und Massnahmen definiert. Der Gemeinderat unterstützt die Entwicklung in den Quartieren. Er ist aber der Meinung, dass die Quartierentwicklung nicht explizit ein raumplanerisches, sondern viel mehr ein gesellschaftliches Thema ist. Die Initiative für die Entwicklung des Quartiers und die Schaffung von attraktiven Begegnungs- und Bewegungsräumen muss aus den einzelnen Quartieren kommen. Nur wenn die Quartierbevölkerung hinter solchen Projekten steht, sie aktiv mitträgt, haben sie gute Entwicklungschancen und können erfolgreich umgesetzt werden. Dann generieren wir in den Quartieren einen Mehrwert. Mit dem Projekt „Zukunftskafi“ ist ein Projekt im Gange, aus welchem interessante Aspekte für die Quartierentwicklung entstehen können. Im „Zukunftskafi“ erhält die Bevölkerung die Möglichkeit, aktiv Ideen für die Zusammenarbeit einzubringen. Der Gemeinderat ist bereit daraus entstehende Projekte zu unterstützen und eine attraktive Quartierentwicklung zuzulassen. Beispielsweise könnten gemeindeeigene Areale für die öffentliche Nutzung zur Verfügung gestellt werden. Der Gemeinderat erachtet es aber nicht als sinnvoll, ein neues raumplanerisches Instrument zu schaffen, um die Absichten der Quartierentwicklung in den nächsten 10-15 Jahren zu planen. Dies hätte eine Überarbeitung des regionalen Entwicklungsleitbildes aus dem Jahr 2015 zur Folge und würde sehr viele personelle Ressourcen binden. Diese werden in den nächsten Jahren für Projekte wie „vorderes Chilefeld“, „im Winkel“ oder die Erarbeitung eines Klimakonzeptes gebraucht.

**Protokoll des Einwohnerrates****15. Juni 2022**

Aus all diesen Gründen empfiehlt der Gemeinderat, die Motion Quartierentwicklung nicht zu überweisen.

Oliver Hager (GLP): Lebendige und attraktive Quartiere sind für Windisch sehr wichtig. Die GLP-Fraktion findet deshalb die Idee einer aktiven Bewirtschaftung und Adressierung dieses Themas im Grundsatz richtig. Folgendes ist jedoch zu beachten: Mit dem räumlichen Entwicklungsleitbild, der Verankerung der resultierenden Planungsgrundsätze und der allgemeinen Nutzungsplanung ist zusammen, beispielsweise mit dem KGV, eine sinnvolle Grundlage für die Entwicklung von attraktiven Quartieren bereits geschaffen worden. Mit den nötigen Interventionen gilt es im richtigen Zeitpunkt den maximalen Nutzen für die Quartierentwicklung zu finden. Dabei spielen viele Faktoren, wie das Erhaltungsmanagement der Liegenschaften und Strassen, der Einbezug der Quartierbevölkerung und der raumnutzende Arbeitnehmer und Arbeitgeber eine zentrale Rolle. Der Inhalt der Motion greift für uns zu kurz. Der Fokus liegt auf den Begegnungs- und Austauschräumen für die Einwohnerinnen und Einwohner der Quartiere. Zu einem funktionierenden Quartier – wir haben dies auch vom Gemeinderat gehört – gehören nicht nur die öffentlichen Räume. Es geht auch um die Durchmischung der Quartiere, welche man anstreben muss oder die durchmischten, kostengünstigen Wohnungen und attraktive Arbeitsplätze. Ein breites Spektrum, das man fördern muss. Das vorgeschlagene Planungsinstrument löst weiter, mit seiner hoheitlichen Gesamtschau, mit einem Betrachtungsperimeter über alle Quartiere, eine grosse Planungsleistung für die Gemeinde aus. Ein solcher Prozess ist nur mit der Partizipation der jeweiligen Quartierbevölkerung sinnvoll und daher sehr aufwändig. Die Verwaltung kann diese Leistung nicht erbringen und dann kostet es vermutlich sehr viel Geld. Am Schluss haben wir eine Momentaufnahme in Form einer Gesamtschau, aber kein verbindliches Instrument. Dies ist nicht sinnvoll, das Instrument ist nach 5 bis 10 Jahren bereits veraltet und muss überarbeitet werden. Unser Fazit: Wir wollen keine teure Gesamtschau, sondern im richtigen Zeitpunkt eine quartierspezifische Planung. Die Fraktion der GLP lehnt die Motion in der vorliegenden Form ab und bittet, diese nicht zu überweisen. Wir sind gerne bereit, an einem neuen Vorschlag für lebendige und attraktive Quartiere mitzuarbeiten.

Novica Vidic (SVP): Die SVP stimmt grundsätzlich der Position des Gemeinderates zu. Vieles ist bereits geregelt und die SVP ist ebenfalls der Ansicht, dass die Initiative für

**Protokoll des Einwohnerrates****15. Juni 2022**

gewisse Anpassungen oder die Gestaltung aus dem Quartier selbst kommen muss. Das Vereinsleben ist bei uns sehr lebendig und wir haben deshalb grosse Innovationsmöglichkeiten bzw. Ideen, wie die einzelnen Quartiere gestaltet werden sollen. Aus diesem Grund lehnt die SVP die Überweisung der Motion ab.

Martin Gautschi (FDP): Ich verstehe nicht, was die Links-Grüne-Seite noch alles will. Es gibt eine Verkehrskommission, es gibt Quartiervereine, es gibt die gesetzliche Mitwirkung. Es wurde bereits erwähnt, Erfolg hat einen Namen „TUN“. Will jemand etwas machen, kann er dies tun, es gibt viele Möglichkeiten. Weshalb wieder ein neues Konstrukt und ein weiteres Aufblasen der Verwaltung? Es generiert Kosten und Ressourcen werden blockiert, Bruno Graf hat es erwähnt. Diese Motion ist unnötig, deshalb ist die Überweisung abzulehnen.

Mirjam Aebischer (SP): Es ist erstaunlich, dass der Gemeinderat unsere auf Planungsinstrumenten basierende Motion als Sozialentwicklungsplanung umsetzt. Ich verstehe das nicht. Die im RELB, KGV und NLEK festgehaltenen Handlungsfelder werden nicht beachtet. Im Winkel, Chapf, Chalch und Oberburg besteht eine schlechte Versorgung mit öffentlichen Spielplätzen. In der Rütene, Klosterzelg, Campus, Kabelwerk: Schlechte Versorgung öffentlicher Freiräume als Begegnungs- und Aufenthaltsort, wenig öffentliche Infrastrukturen für Kinder und Jugendliche. Wir wollen der Verwaltung aufzeigen, dass ein bestehender Auftrag nicht umgesetzt wird. Ich weiss nicht, weshalb daraus ein Animationsprogramm für Sozialarbeitende gemacht wird. Der Ansatz ist gut, aber nicht das, was wir mit dieser Motion wollen. Wir wollen, dass die Gemeinde, die Verwaltung ausmacht, welche Aussen- und Innenräume zur Verfügung gestellt werden können, wenn es Aktivitäten im Quartier gibt.

Elsbeth Hofmänner (Die Mitte): Ich bin Oliver Hager für sein Votum als ausgewiesener Fachmann sehr dankbar. Ein Praxisbeispiel: Ich gelte in Windisch immer noch als Neuzuzügerin. Thomas Wernli hat in seinem Votum den „Ortskern“ erwähnt. Seit ich hier wohne, habe ich noch keinen typischen Ortskern gefunden. Diesen gibt es nicht mehr. Windisch besteht aus einzelnen Quartieren, welche gut durch die vier bestehenden Quartiervereine gezeichnet werden. Ich wohne in der Oberburg, ein klassisches Einfamilienhaus-Quartier. Es gibt einen Spielplatz am Lerchenweg, es entzieht sich

**Protokoll des Einwohnerrates****15. Juni 2022**

meiner Kenntnis wie stark dieser genutzt wird. Was ich jedoch feststelle, dass alle Familien ihre eigene Spiellandschaft haben und die Kinder zueinander finden. Die Spielplätze sind bei den einzelnen Liegenschaften vorhanden. Das Quartier Oberburg kommt spielplatzmässig nicht schlecht daher. Wenn man das Schulhaus Dohlenzelg anschaut gibt es sicher noch Potential was man fördern und machen könnte. Zur Oberburg gehört auch das Pestalozzi-Quartier. Eine andere Ausgangslage aufgrund der vielen Mehrfamilienhäuser. In diesem Quartier hat es nicht übermässig viele Spielplätze für Kinder. Ob Private zum Bau von Spielplätzen gezwungen werden können, glaube ich eher nicht, dies müssen wir anders angehen. Gefordert ist die Verwaltung bei allen Neubauprojekten, vor allem wenn eine Sondernutzungsplanung notwendig ist. Hier ist es wichtig, dass die Verwaltung bei den Investoren darauf pocht, dass die Gesetze vollzogen werden. Der Fall Kupperhaus in Brugg ist immer wieder Diskussionsthema, auch in allen Zeitungen. Das weckt Lust, was irgendwie verständlich ist. Es ist wie beim Diesellokal in Unterwindisch, welches von einem Privaten auch finanziell gestützt wird. Der Verwaltung fehlen die Ressourcen etwas derart Breites aufzugleisen. Ich schlage vor, dass die Quartierbewohner mit Einzelthemen kommen, wenn sie Potential sehen. Auf diese Weise kann sicher das eine oder andere Projekt umgesetzt werden.

Thomas Wernli (SP): Wir verlangen nicht ein raumplanerisches Planungsinstrument, wir verlangen dessen Umsetzung. Die Verkehrskommission hat es leider bei der Dorfstrasse nicht geschafft, den im KGV festgelegten Begegnungsort umzusetzen. Aus dieser Situation heraus ist vielleicht auch diese Motion entstanden. Wer die Instrumente sauber durchliest, wird überrascht, was da alles drinsteht. Der Massnahmenkatalog wird nur einmal definiert, es wird geprüft, wann wird was umgesetzt. Das war die Idee, simpel und nicht teuer. In Anbetracht der Diskussion und den unterschiedlichen Auffassungen ziehe ich die Motion zurück. Wir diskutieren die Situation und werden sie modifiziert wieder einreichen. Ich hoffe, dass die Kommissionen und der Gemeinderat aufgerüttelt wurden, die Planungsinstrumente umzusetzen. Diese haben viel Geld gekostet und es wäre schade, wenn diese nicht umgesetzt werden.

Offene Abstimmung – Verlängerung der Sitzung

Der Einwohnerrat fasst mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit wie folgt

**Protokoll des Einwohnerrates****15. Juni 2022**B e s c h l u s s :

Die Einwohnerratssitzung vom 15. Juni 2022 wird verlängert.

**11 Postulat Fraktionen SP und Grüne „Jugendarbeit Windisch“; Überweisung**

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): Mit dem Postulat Jugendarbeit wird der Gemeinderat eingeladen Aufgabenbereiche, Organisation und Umsetzung der Jugendarbeit auf ihre Ziele hin zu überprüfen. Der aufsuchenden Jugendarbeit, gezielten Projekten und der Präventionsarbeit soll spezielle Beachtung geschenkt werden. Die Mitfinanzierung der Jugendarbeit durch die Nachbargemeinden sowie eine Regionalisierung soll geprüft werden. In der offenen Jugendarbeit ist vieles in Bewegung. Die ersten Gespräche mit Hausen über eine finanzielle Beteiligung wurden geführt. Nach dem Re-Start nach Corona wurde das Angebot der offenen Jugendarbeit stark genutzt und es hat sich gezeigt, dass die Leiterin die Anforderungen mit einem 50%-Pensum nicht erfüllen kann. Inzwischen hat Angela Wyss ihre Anstellung gekündigt und Praktikant Severin Eigenmann wird seine Ausbildung zum Jugendarbeiter in der Stadt Zürich abschliessen. Der Gemeinderat hat bereits am 16. Mai 2022 die professionelle Klärung der zukünftigen Ausrichtung der Jugendarbeit beschlossen. Angebote liegen vor. Der Betrieb der offenen Jugendarbeit soll nach der Sommerpause auf dem heutigen Niveau mit externer Unterstützung fortgesetzt werden. Gestützt auf diese Ausgangslage ist der Gemeinderat bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

**12 Beantwortung von gestellten Fragen**Kleine Anfrage Julian Widmer (Grüne) Erneuerung Klosterzelgstrasse

Anita Bruderer, Gemeinderätin (FDP):

*Wie sieht die aktuelle Planung des Projektes aus?*

Es sind verschiedene Varianten für die Gestaltung ausgearbeitet worden, diese werden am 28. Juni 2022 in der Verkehrskommission diskutiert, anschliessend wird der Quartierverein einbezogen. Der Gemeinderat wird nach den Sommerferien auf dieser Basis einen Vorschlag zu Händen des Einwohnerrates verabschieden.

## **Protokoll des Einwohnerrates**

**15. Juni 2022**

*Werden Gestaltungsvorschläge erarbeitet und sind diese für den Einwohnerrat ersichtlich?*

Die verschiedenen Gestaltungsvorschläge werden mit der entsprechenden Botschaft unterbreitet.

*Wann kann mit konkreten Gestaltungsvorschlägen gerechnet werden?*

Die Botschaft zur Gestaltung der Klosterzelgstrasse wird voraussichtlich im März 2023 dem Einwohnerrat vorgelegt.

Kleine Anfrage Nadja Sträuli (GLP) Leistungsauftrag Tagesstrukturen „Chinderhuus Simsala“

Isabelle Bechtel, Gemeinderätin (FDP):

*Wo ist der Leistungsauftrag der Gemeinde Windisch mit dem Chinderhuus Simsala einsehbar?*

Der Leistungsauftrag ist auf der Gemeindekanzlei einsehbar.

*Wie überprüft die Gemeinde Windisch ob das Angebot des Simsala „bedarfsgerecht“ für die Windischer EinwohnerInnen ist? Folgende Bereiche sind von besonderem Interesse:*

- *Ist das Preis-Leistungsverhältnis bedarfsgerecht?*
- *Sind die buchbaren Module bedarfsgerecht?*
- *Sind die Vertragsbedingungen für Erziehungsberechtigte bedarfsberecht?*
- *Sind die Betreuung und die Räumlichkeiten bedarfsgerecht?*

Die Einführung der Tagesstrukturen basierte auf einer Umfrage bei den Eltern, der Bedarf wurde abgefragt. Die Module wurden so ausgestaltet, dass einzelne Blöcke gebucht werden können. Es sind kleine Blöcke, die sehr individuell gebucht werden können und der Tag kann nach den eigenen Bedürfnissen gestaltet werden. Das Simsala muss sich innerhalb der vom Gemeinderat definierten Standardtarife bewegen. Die Betreuung wird aufgrund der wirtschaftlichen Verhältnisse der Erziehungsberechtigten vergünstigt.

**Protokoll des Einwohnerrates****15. Juni 2022**

Die Betreuung und die Räumlichkeiten werden in unserem Auftrag durch die Fachstelle K&F überprüft. Mit der Einweihung der neuen Räumlichkeiten stehen auch im Dohlenzegg grosszügige Räumlichkeiten für die Tagesstrukturen zur Verfügung.

Die Vertragsbedingungen und deren Umsetzung werden regelmässig zwischen Gemeinde und Simsala thematisiert.

*Wie nimmt die Gemeinde Windisch die im Reglement beschriebene Aufsichtspflicht wahr? Insbesondere stellt sich die Frage, wie die Qualität der Betreuung und der Personalschlüssel in den Tagesstrukturen durch die Gemeinde überprüft wird.*

Die Fachstelle K&F, Kinder und Familie, Ennetbaden, überprüft die Kita's, Tagesfamilien und Tagesstrukturen in einem Rhythmus von zwei Jahren im Auftrage der Gemeinde. Die Fachstelle erstattet dem Gemeinderat Bericht und auf dieser Basis erteilt der Gemeinderat die Betriebsbewilligung für die nächsten zwei Jahre. Die nächste Überprüfung erfolgt im Herbst 2022.

Nadja Sträuli (GLP): K&F überprüft alle zwei Jahre, wann wird der Bedarf der Eltern und die Zufriedenheit der Eltern erhoben?

Isabelle Bechtel, Gemeinderätin (FDP): Es gibt eine Echogruppe, bei der sich die Eltern einbringen können. Die Tagesstrukturen bieten auf der Website die Möglichkeit an, anonym Anliegen und Beanstandungen einzugeben. Weitere systematische Umfragen oder ähnliches sind meines Wissens nicht geplant. Dies müsste ich abklären.

**13 Mitteilungen des Gemeinderates 15.06.2022**

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP):

**Stadtraum Bahnhof Brugg-Windisch**

Am 23. Juni 2022 findet eine Pressekonferenz statt. Es werden die externe Gesamtleitung, die Projektleitung Partizipation und die Projektleitung Kommunikation vorgestellt und über den partizipativen Ablauf informiert. Es wird auch erste Termine geben, damit diese reserviert werden können.

Regionales Gesamtverkehrskonzept

Der Grosse Rat hat am 04. Mai 2021 für den Raum Brugg-Windisch die Infrastrukturelemente für Velos und den motorisierten Individualverkehr im Richtplan auf die Stufe Festsetzung angehoben. Die Richtplananpassung schafft für die weiteren Planungsschritte verbindliche Rahmenbedingungen und Vorgaben. Gleichzeitig mit den Aufträgen ist gefordert worden, dass der mögliche Handlungs- und Gestaltungsplanraum aufgezeigt werden muss. Einerseits soll in einem weiteren Vertiefungsprozess der Zentrumsentlastung die Möglichkeit einer Tunnelverlängerung bzw. die Tunnelführung bis zur Südwestumfahrung Brugg geprüft werden. Andererseits wird zur Abstimmung des kommunalen Vorhabens Gebietsentwicklung Stadtraum Bahnhof Brugg-Windisch und dem GVK die Zusammenarbeit gepflegt. In der Zwischenzeit haben vertiefte Gespräche mit den Gemeinden Brugg und Windisch stattgefunden, um die verschiedenen Planungen aufeinander abzustimmen. Es wurde vereinbart, dass der Planungsstand der kommunalen Gebietsentwicklung Stadtraum Bahnhof Brugg-Windisch und dem GVK Raum Brugg-Windisch regelmässig zwischen den Beteiligten abgeglichen wird. Der Kanton führt zusammen mit den Gemeinden teilweise informelle Gespräche mit verschiedenen Akteuren. Heute Nachmittag hat ein solches Gespräch stattgefunden.

Die Veloplanung schreitet gut voran. An einer zweiten Sitzung der Behördendelegation vom 13. Mai 2022 wurden die Anliegen der Gemeinde aufgenommen und erste Massnahmen aufgegleist. Die kommunale Veloroute soll in einem regionalen Sachplan Velo behördenverbindlich festgelegt werden und als Ergänzung zum kantonalen Veloroutennetz gepflegt werden. Der regionale Sachplan wird zusammen mit den Gemeinden Brugg, Windisch, Hausen und Gebenstorf erarbeitet. Über die Spinnereibrücke in Windisch wird das Netz so ergänzt, dass es die kantonalen Velorouten von der Landstrasse Gebenstorf mit der Mülimattstrasse in Windisch verbindet. Das heisst, die Spinnereibrücke ist offiziell auf klassiert und somit eine kantonale Radroute. Beim Bahnhof Brugg soll weiter eine neue Velounterführung realisiert werden und die Industrie- mit der Aarauerstrasse verbinden. Die Campuspassage wird damit wieder frei für den Fussgängerverkehr.

Die nächsten Schritte bei diesem Teilprojekt sind Detailabklärungen für die Veloquerung. Im Gebiet Klosterzelg-Reutenen muss die Linienführung der Zentrumsentlastung geklärt werden. Wie erwähnt, prüft der Kanton die Möglichkeit einer Tunnelverlängerung bis zur Südwestumfahrung. Die Erkenntnisse aus dieser Studie fliessen in die kommunale Partizipation im Rahmen der Gebietsentwicklung Stadtraum Bahnhof

**Protokoll des Einwohnerrates****15. Juni 2022**

Brugg-Windisch ein. Hinweis und Erkenntnisse aus der Partizipation der Gebietsentwicklung Stadtraum Bahnhof Brugg-Windisch werden im Anschluss im GVK weiterverarbeitet.

Ein wichtiger Teil, dieser betrifft Windisch nur bedingt, ist die Entwicklung des Gebietes Aufeld / Aegerten. Der Stadtrat wird für dieses Gebiet im Herbst einen Verpflichtungskredit beantragen. Im Zuge dieser Entwicklung ist es dem Stadtrat und dem Gemeinderat wichtig, die Einwohnerräte der beiden Gemeinden aus erster Hand zu informieren. Am 29. September 2022 findet zur Arealentwicklung Aufeld / Aegerte und GVK ein Informationsanlass statt.

Zum Thema GVK wird morgen eine Pressemitteilung erscheinen. Ich habe vorab nur über die für Windisch wichtigen Punkte informiert.

Fröschegräben

Die Deponie Fröschegräben im Reussschachen in Unterwindisch ist im Kataster der belasteten Standorte des Kantons Aargau als Ablagerungsstandort eingetragen. Der Standort liegt teilweise in der Schutzzone der Trinkwasserfassung Schachen II und einem Amphibienlaichgebiet von nationaler Bedeutung. Er ist damit in einem hoch sensiblen Gebiet. Im Oktober 2019 hat der Einwohnerrat den Verpflichtungskredit von CHF 2.435 Mio. für die Sanierung der Fröschegräbe genehmigt. Der Situation entsprechend konnten die Arbeiten bis heute nicht ausgeführt werden. Lassen es die Wetterverhältnisse zu, wird mit dem Bau der Baupisten am 20. Juni 2022 gestartet. Die Rodung des Waldstücks ist im August geplant. Die eigentliche Sanierung startet, wiederum abhängig vom Wetter, im Anschluss an die Rodung und dauert bis im Oktober. Die Rekultivierung, ein wichtiger Teil, startet im Anschluss an die Sanierung und dauert voraussichtlich bis im März 2023. Bei der Rekultivierung und Bepflanzung des grossen Areals rechnen wir mit der Mitarbeit der Bevölkerung, einerseits aus dem Quartier, andererseits mit Leuten, die gerne mithelfen. Das Areal entspricht der Grösse von drei Fussballfeldern. Die Zufahrt zum Sanierungsstandort erfolgt über die heute schon ein paar Mal erwähnte Dorfstrasse. Diese dient den Schulkindern als Schulweg. Der Gemeinderat hat deshalb den Auftrag erteilt, die Strasse gut zu beschildern und zu gewissen Zeiten personell zu begleiten und die Übergänge für die Kindergärtner zu sichern. Am Mittwoch, 22. Juni 2022 findet eine Information der Bevölkerung und der Presse statt. Eine stückweise Begehung des sanierenden Gebietes ist geplant, um zu zeigen, wie

**Protokoll des Einwohnerrates****15. Juni 2022**

gross das Gebiet ist. Es ist ein wichtiges Gebiet und die Sanierung ist nicht ganz einfach. Der Sanierungsablauf wird durch den Kanton sehr eng begleitet. Begehungen müssen deshalb abgesprochen werden und das Einverständnis des Kantons ist erforderlich. Alle Interessierten sind eingeladen am 22. Juni 2022 um 18.00 Uhr vorbeizukommen.

Legislaturziele/Finanzstrategie des Gemeinderates

Die Legislaturziele und die Finanzstrategie sind die zentralen Führungsinstrumente des Gemeinderates. Als Grundlage dieser Führungsinstrumente dienen uns die behördenverbindlichen Instrumente. Aufgrund der neuen rechtskräftigen Planungsinstrumente und erweiterten energietechnischen, ökologischen und ökonomischen Vorgaben, umfassende Nachhaltigkeit, sorgsamer Umgang mit Ressourcen, hat der Gemeinderat vorgelagert zu den Legislaturzielen die Vision 2032 formuliert. Die Vision haben wir, Monica Treichler hat es erwähnt, im Rahmen einer Klausur am 01./02. April 2022 gemeinsam erarbeitet. Darauf aufbauend werden wir die Legislaturziele 2022/2025 in den Bereichen Lebensraum, Weiterentwicklung der Gemeinde, Vernetzung, Klima und Bildung nach den Sommerferien in einer zweiten Klausur formulieren. Im Zeitraum der Finanzplanungs- und Budgetdiskussionen werden wir die Finanzstrategie formulieren. Wir hoffen, dass wir unsere Führungsinstrumente, Vision, Legislaturziele und Finanzstrategie dem Einwohnerrat im Herbst vorstellen respektive zugänglich machen können.

Spinnereibrücke

Anita Bruderer, Gemeinderätin (FDP): Bund und Kanton stellen Fördergelder für die Spinnereibrücke in Aussicht. Deshalb wird sich die Sanierung auf 2023/24 verschieben. Windisch konnte aufgrund von Messungen aufzeigen, dass es sinnvoll ist, die Aufwertung auf eine Velohauptroute zu prüfen. Der Kanton stellt in Aussicht, diese Route im Rahmen der Erstellung eines behördenverbindlichen regionalen Sachplans formell zu überprüfen und von der aktuell festgesetzten Velonebenroute auf eine Velohauptroute aufzuwerten. Sobald der Grosse Rat die Route über die Spinnereibrücke als Velohauptroute festgesetzt hat, wird sich der Kanton finanziell beteiligen. Eine rückwirkende finanzielle Beteiligung ist aus rechtlichen Gründen nicht möglich. Weiter hat der Kanton Aargau den Verkehrsweg über die Brücke ins Agglomerationsprogramm aufgenommen.

**Protokoll des Einwohnerrates**

**15. Juni 2022**

Die Aussichten sind gut, dass auch hier Fördergelder fließen werden. Damit können beide Gemeinden finanziell entlastet werden.

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Die beiden Voten haben mich verwirrt. Wird nun die Hauptroute geprüft oder ist dies bereits erfolgt?

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): In der Behördendelegation wurde sie festgelegt. Die Kommunikation an die Projektleitung der Spinnereibrücke ist noch nicht erfolgt.

**14 Neueingänge**

---

---

Schluss der Sitzung: 22.25 Uhr

---

EINWOHNERRAT WINDISCH

Der Einwohnerratspräsident:



Der Gemeindeschreiber II:

